

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 6 Pfg., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 jeils oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 24. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die interessante Presse.

Ein nationalliberales Blatt brachte dieser Tage folgende Betrachtung:

Die Blätter übergehen alles, was in ihrer nächsten Umgebung passiert, mit tiefstem Stillschweigen. Wie in Zeiten tiefsten ungeführten Friedens und allgemeinen Wohlbefindens wird über Hoffeste, Vorgänge des Theater- und Gesellschaftslebens, sowie über geringfügige Uebeltände und Vorkommnisse des Verkehrslebens, Wetterbeobachtungen usw. berichtet, gelegentlich auch wohl über die Vorzüge höherer Bildung — von dem, was die Gemüter eigentlich in Anspruch nimmt, wird aber nicht ein Sterbenswortchen gesagt. Unwillkürlich wird man dabei an das Lied Hoffmann v. Fallersleben erinnert, das am Vorabend der Ereignisse von 1848 die Inhaltslosigkeit und Dede der deutschen Presse persiflierte und mit dem ironischen Refrain schloß:

Wie interessant, wie interessant!  
 Gott segne das liebe Vaterland.

Das nationalliberale Blatt hat damit die russische Presse charakterisieren wollen, hat aber unbewußt auch eine ebenso zutreffende wie scharfe Kennzeichnung der bürgerlichen Blätter Deutschlands, besonders der lüppig wuchernden farb- und parteilosen Klatschpresse gegeben.

In der Epoche einer gewaltigen, das Volk aufwühlenden politischen und sozialen Bewegung füttert diese Presse ihre um den Verstand zu bringenden Leser mit Hoffesten, Vorgängen des Theater- und Gesellschaftslebens, klagt in der „öffentlichen Meinung“ über allerlei kleine Beschwerden, begeistert für Wettrennen und untersucht die tiefstimmigsten Fragen, wie die, ob es sein sei, daß ein Onkel mit seiner Nichte in ein Gasthaus geht.

Die lebende Zeit mit ihren brennenden Interessen wird totgeschwiegen. Dadurch aber werden diese Organe zu dem gefügigsten und gefährlichsten Werkzeug der herrschenden Klassen. Kein Feind ist gefährlicher als die verimpfte stumpfe Gleichgültigkeit, die abgestorben ist für alle großen Menschheitsaufgaben, die jede Schändung der Kultur erträgt und jeden Fortschritt hemmt. Zu dieser geistigen und moralischen Verkrüppelung erzieht diese Presse systematisch und erwirbt sich damit den Dank und die Unterstützung der kapitalistischen Ausbeuter und ihrer regierenden Agenten.

Aber auch die noch politisch gefärbte Presse paßt sich immer mehr den Gepflogenheiten der parteilosen Konkurrenz an. Wie die Socialdemokratie die verratenen Ideale der Bourgeoisie übernommen hat, so ist auch der socialdemokratischen Presse die Aufgabe zugefallen, die Vertretung der öffentlichen Meinung in ihrem hohen Sinn zu sein: als ein Organ der Aufklärung, der geistigen Befreiung, des Kampfes wider alles Schlechte und Verrottete, der unerschrockenen und unbestechlichen Wahrheit. Inmitten von Zuständen, die den Spott des Auslandes und den Ekel aller wirklichen Patrioten erregen, gefällt sich die bürgerliche Presse, als Vertreterin dieser oder jener kapitalistischen Interessenclique, in einer feig verschleiernenden Unwahrhaftigkeit, und die Lafaiengier, durch Wohlverhalten möglichst hohe Trinkgelder zu erhaschen, wird nachgerade das Lebenselement bürgerlicher Zeitungspolitik.

Wehr wie je hat heute die socialdemokratische Presse, die von allen verlassene Aufgabe, zu sagen, was ist, und zu zeigen, was sein soll.

Mit dem 1. Juli 1902 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

**1 Mark 10 Pfennig pro Monat**

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7878.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollständigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben zc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 50 Cere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Österreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 M. in Frankreich, England, Spanien und

Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Der 4. deutsche Gewerkschaftskongreß.

Trotz der Wirtschaftskrise, unter der die deutsche Arbeiterklasse heute schwer leidet, bedeutet die eben abgeschlossene Tagung der Vertreter der deutschen Gewerkschaften den Höhepunkt der nun bald 34 Jahre alten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nach so manchen Rückschlägen, die wirtschaftliche, politische, polizeiliche und organisatorische Gründe veranlaßt haben, ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur seit einer Reihe von Jahren im ständigen Vormarsche begriffen, selbst die gegenwärtige Krise konnte ihrem sich immer mehr festigenden Geseße wenig anhaben. Der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß war für den Beobachter erhehend, weil er den Beweis eines hohen geistigen Niveaus der deutschen Gewerkschaftsbewegung darbot. Ruhig und sachlich wurde diskutiert, die tatsächlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Entwicklung stets im Auge behalten. Fast kein Beschluß wurde gefaßt, dessen Realisierbarkeit nicht vorher nächstern und lähl erwogen und geprüft wurde. Das Erstrebenswerte und das im Augenblicke Erreichbare wurden besonnen gegen einander gestellt und von einander abgewogen. Aber dabei wurde doch niemals der Zusammenhang aller Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung aus dem Auge verloren. Mögen die sieben mal weissen Ratgeber der Arbeiterklasse aus andern Lagern die Arbeiter auf die Verfolgung rein gewerkschaftlicher Aufgaben beschränken wollen, so haben die Verhandlungen in Stuttgart so klar, wie man es nur irgendwie wünschen kann, bewiesen, daß diese Hoffnungen zu begraben sind. Gerade diejenigen, die innerhalb der Gewerkschaftswelt diesen Gedanken der Verleugung und Sombart nachjagen, sind klar belehrt worden, daß sie keinen Boden für ihre Propaganda haben.

Mit der Größe der Bewegung steigt von Jahr zu Jahr das geistige Niveau des Gewerkschaftskongresses. Die Reden waren kurz, präcise, klar, eine weitgehende Toleranz andern Anschauungen gegenüber war die Regel, von kleinlicher Rechthaberei war fast niemals etwas zu bemerken. Wohl giebt es Differenzen verschiedenster Art zwischen den Gewerkschaften, Differenzen, die naturgemäße Folgen der raschen wirtschaftlichen Entwicklung sind, der sich ein Teil unserer Organisationen rascher, ein anderer nur langsamer anzubequemen vermag. Diese Differenzen durch Mehrheitsbeschlüsse zwangsweise auszugleichen, wurde mit Klugem und feinem Takte stets glücklich vermieden. Es bleibt noch vieles zu erörtern und zu entscheiden, was in diesen Junitagen nicht erledigt werden konnte. Die Erledigung blieb auch nicht etwa deswegen, weil es an Fleiß und an dem Wunsche, alles zu entscheiden gefehlt hätte, sondern weil der Kongreß abwarten wollte, bis die Fragen zu voller Reife gediehen sind, bis allgemein befriedigende, jedermann verständliche Lösungen gefunden werden konnten. Reden dem guten und verständigen Geiste unter den Delegierten ist dies Ergebnis vor allem zu danken der vorzüglichen Vorbereitung des Kongresses und der ausgezeichneten Leitung seiner Verhandlungen.

Auch rein äußerlich bedeutet der Kongreß einen großen moralischen Erfolg unserer gewerkschaftlichen Bewegung. Fast aus allen Kulturstaaten entsandten die Gewerkschaftsorganisationen ihre Vertreter nach Stuttgart. Aus Frankreich und England, aus Holland und Dänemark, aus Deutsch-Oesterreich, wie aus Böhmen, aus der Schweiz und Italien, ja selbst aus Spanien waren offizielle Vertreter entsandt worden, nicht bloß um uns zu begrüßen, sondern um auch an unsren Methoden, Erfolgen und Debatten zu lernen. Dieser Meinung gab vor allem der Vertreter eines Teiles der englischen Trades-Unions Ausdruck. Er betonte, daß auch der englische Arbeiter immer klarer zur Erkenntnis komme, daß eine alles andre ausschließende gewerkschaftliche Vertretung für die Arbeiterklasse nicht ausreicht, daß auch in England eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige selbständige politische Arbeiterbewegung unentbehrlich sei und daß diese von dem Geiste unserer Vorkämpfer Marx und Lassalle erfüllt sein müsse. Wohl haben wir Vertreter unserer früheren Lehrmeister auf gewerkschaftlichem Gebiete, auf den Kongressen der Vergarbeiter, Glasarbeiter usw. gesehen, noch nie aber waren Delegierte der englischen Gewerkschaftswelt auf einem allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse erschienen, noch niemals hat ein Vertreter englischer Arbeiter auf deutschem Boden Worte dieser Art gesprochen, Worte, die stürmischen Beifall unter den Delegierten auslösten.

Die große Macht der deutschen Gewerkschaftsbewegung äußerte sich auch darin, daß die deutsche Reichsregierung mit einem von dem Vertreter des Justizministeriums, dem Grafen v. Posadowsky gezeichneten Schreiben, einen offiziellen Abgesandten zu der Tagung der deutschen Gewerkschaften entsandt hat. Lediglich die Tatsache ist bemerkenswert; denn der Vertreter des Grafen v. Posadowsky hat nicht, wie seine Kollegen, die auf Unternehmerkongressen und Junitagen gesandt werden, Begründungsworte gesprochen und an den Debatten teilgenommen, er hat sich mit der Tatsache seiner Anwesenheit begnügt. Und auch diese Anwesenheit war bloß beschränkter Art, er schloß nicht nur, als die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften erörtert wurden, sondern auch dann als über das Koalitionsrecht gesprochen wurde, und zwar fehlte er da entsprechend den Aufträgen, die ihm erteilt wurden. Neben der Reichsregierung ließ sich auch die vorkriegs-

bergische Regierung und die Verwaltung der Stadt Stuttgart auf dem Kongreß vertreten.

Es kann nicht Aufgabe sein, in dem engen Raume eines Zeitungs-Artikels neben den allgemeinen Beobachtungen auch eine Würdigung aller Kongreßbeschlüsse eintreten zu lassen. Dies verbietet schon die außerordentlich umfangreiche Tagesordnung und die Fülle von Anträgen, die außerdem erledigt wurden. Wir können uns um so mehr begnügen, bloß einzelne Ergebnisse aus den Verhandlungen hervorzuheben, als wir überzeugt sind, daß alle unsere Leser mit lebhaftem Interesse die ausführlichen Berichte unseres Blattes über den Kongreß zur Kenntnis genommen haben. Von mehr als formeller Bedeutung erscheint uns der unsren Lesern besonders sympathische Beschluß, den die Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Nachdem das Verbindungsverbot endlich gefallen war, lag kein Grund mehr vor, den die Generalkommission in der alten Hausstadt zu belassen. So wie fast alle das ganze Deutsche Reich umfassenden Verbände ihren Sitz nach Berlin zu verlegen bestrebt sind, so lag dieses Bedürfnis in hohem Maße auch für die Generalkommission vor. An dem Sitze der obersten Behörde des Reiches, des Reichstags, des Reichsstatistikbureaus, wie des Reichs-Versicherungsamts, im Brennpunkte des geistigen und politischen Lebens, in der größten Industriestadt des Reiches, dort wo die literarischen Hilfsmittel am leichtesten zugänglich sind, wo auch die Leitung der socialdemokratischen Partei ihren Sitz hat, dorthin mußte über kurz oder lang auch der Sitz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verlegt werden. Heute schon haben mehr Centralvorstände der Gewerkschaften ihren Sitz in Berlin als in Hamburg, eine Entwicklung, die unzweifelhaft weitergehen wird. Nicht die Tatsache der Verlegung ist erstaunlich, sondern die Leichtigkeit, mit der dieser Beschluß durchgeführt wurde; erkenntlich ist es auch, daß er auch in Hamburg keine bitteren Gesühle hervorrufen dürfte, stimmten doch auch eine ganze Reihe Hamburger Delegierter für diesen Antrag. Neben den praktischen Vorteilen für die Generalkommission selbst, dürfte dieser Beschluß auch der weiteren Nutzen haben, daß auf Mißverständnisse beruhende Differenzen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung unschwer ausgeglichen werden können, wenn Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am gleichen Orte wirken. Auch sonst kam der Gedanke der Einheit der Arbeiterbewegung in einem auf sich nur das innere Leben der Gewerkschaften betreffenden Beschlusse zum Ausdruck, in der Umfassung aller Unterstützungs-Einrichtungen, für Gewerkschaftsbeamte und Partei-Angestellte durch die Unterstützungsstellen des Vereins Arbeiterpresse.

Von großer Bedeutung für die Zukunft ist der noch einem trefflichen Referate Kämings gefaßte Beschluß, in kurzer Frist einen speziellen Kongreß nach Berlin einzuuberufen, der sich ausschließlich mit den Aufgaben der Gesetzgebung und der gewerkschaftlichen Politik auf dem Gebiete der Hausindustrie beschäftigen soll. Verwandt mit diesem Beschlusse ist auch der, für die Agitation unter den Arbeiterinnen mit den geistigen und finanziellen Mitteln der Gewerkschaften künstlich kräftiger zu wirken als bisher.

Vielen Tausenden Opfern unserer Industrie wird die Schaffung des Reichs-Arbeiterssekretariats erheblichen Vorteil schaffen. Es werden künftig die Interessen der verletzten Arbeiter auch regelmäßig vor dem Reichs-Versicherungsamte von Sachkundigen Baustragern der Arbeiterklasse vertreten werden.

Außerordentlich interessant waren die Debatten über die Arbeitslosen-Versicherung, wenn sie auch kein direktes praktisches Resultat erzielen konnten. Wir sind aber überzeugt, daß vor allem die Ausführungen von Ems dahin wirken werden, daß in nicht zu ferner Frist die Arbeitslosen-Unterstützung in fast allen Gewerkschaften eingeführt sein wird. Eine Regelung der internationalen Verbindungen der Gewerkschaften wurde auf einer befonderen Konferenz angedacht.

Wohl giebt es noch vieles über die Ergebnisse des Kongresses zu berichten, wir müssen uns aber damit begnügen, alle unsere Leser auf das Protokoll hinzuweisen.

Der Kongreß der deutschen Gewerkschaften in Stuttgart ist ein Beweis des Fortschrittes der Arbeiterbewegung, ist ein Beweis ihrer Einheit, ihrer Kraft, ihrer Unabhängigkeit auch gegenüber jedem Schmeichler und jedem Verfälscher. So kam jedermann in der großen Arbeiterbewegung des Proletariats mit dem, was die letzte Woche ergeben hat, voll und ganz zufrieden sein: Ebenso derjenige, der seine Tätigkeit konzentriert auf den Boden der Gewerkschaft, wie der andere, der sich vornehmlich den politischen Kämpfen der Arbeiterklasse widmet.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

#### Nach der Aufhebung des Diktaturparagraphe.

Die erste politische Kundgebung der reichsständischen Versammlung nach der Aufhebung des Diktaturparagraphe, die Gemeindevahlen, bedeuten einen großartigen Erfolg der Socialdemokratie.

In Straßburg wurden, wie uns ein Privattelegramm meldet, bei der Gemeinderats-Wahl von der Socialdemokratie 12 Mandate erobert, so daß sie mit dem Ergebnis der Hauptwahl zusammen 13 Mandate besitzt. Ein socialdemokratischer Kandidat wurde doppelt gewählt. Außerdem wurden zwei von den Socialdemokraten unterstützte Kandidaten, ein Mittelstandsparteiler und ein Liberaler, gewählt. Die socialistischen Stimmen haben eine starke Zunahme zu verzeichnen. Der neue Gemeinderat wird aus 13 Socialdemokraten, 14 Liberalen, 4 Demokraten, 4 Clerikalen und einem Mittelstandsparteiler bestehen



1896 siegen nur 3 Socialdemokraten, dazu kamen 17 Liberale, 10 Merkale, 6 Demokraten. Die Socialdemokraten haben demnach in Straßburg seit 1896 auf Kosten aller bürgerlichen Richtungen 10 Sitze neu erobert.

Auch in Wülhausen ist die Wahl glänzend verlaufen. Unser dortiger Korrespondent telegraphiert uns: Beim zweiten Wahlgang siegte das sozialistisch-demokratische Kompromiß auf der ganzen Linie. Der neue Gemeinderat zählt 13 Socialdemokraten, 13 Demokraten und zehn Parteiloze. Bisher herrschten in Wülhausen die Merkale.

So ist also jetzt in der Hauptstadt und in der größten Industriestadt des Reichslandes in den Gemeinden die Socialdemokratie einen entscheidenden Einfluß.

Wir sehen jetzt, daß es nicht ganz richtig war, als wir behaupteten, es habe sich in der Stimmung der Bevölkerung nichts geändert, was die plötzliche Aufhebung des Diktaturparagraphen erklären könnte. Die Stimmung hat sich tatsächlich gebessert — die Bevölkerung ist socialdemokratisch geworden. Die guten Zeichen, die die Regierung sah, beruhten auf einer richtigen, aber mißverstandenen Beobachtung der Verhältnisse: es ist im Reichsland in Wirklichkeit besser geworden: die sozialistische Auffassung ist fortgeschritten.

Bei der Beratung über die Aufhebung des Diktaturparagraphen im Reichstag rühmte Graf Walow die reichsländische Bevölkerung, die immer ruhiger, sachlicher und loyaler geworden. In dieser Weise hat sich der Reichsländer die Thatfache ausgelegt, daß das Volk immer — socialdemokratischer geworden ist! Welche Anerkennung der heilsamen Wirkungen socialdemokratischer Erziehung! An denselben Tage äußerte Herr v. Köller:

„Was hat der Herr Abgeordnete Vebel für ein Interesse daran, in unsem guten Einvernehmen, welches von Jahr zu Jahr gewachsen ist und welches heute einen freudigen Abschluß hier in diesem hohen Hause erreicht, als Störenfried aufzutreten? Nun, ich erinnere Sie daran: der Herr Abgeordnete Vebel war seiner Zeit Abgeordneter für Straßburg im Reichstag, und den gemeinsamen Bemühungen aller Parteien gelang es, diese ins Reichsland aus Deutschland her importierte Politik der Socialdemokraten wieder zu beseitigen. Straßburg wurde wieder zurückerobert, Herr Vebel wurde geschlagen. Herr Vebel ist nicht mehr Abgeordneter für Straßburg, sein Nachfolger war nicht wieder ein Socialdemokrat. Ebenso war es in dem zweiten Wahlkreise in Wülhausen; auch da hatte sich die Socialdemokratie eingeschleht. Die Parteien in den Reichslanden sahen schließlich doch ein, daß sie besser thäten, sich zu einigen, um die Socialdemokratie auch dort herauszuschlagen. Das ist gelungen. Meine Herren, das kann ich Sie versichern: Herr Abgeordnete Vebel und die Socialdemokraten, sie werden niemals Boden in den Reichslanden finden! Die Bevölkerung des Reichslandes hat viel zu viel Grundzüge, die mit den Ihrigen nicht zusammenstimmen, und ich glaube, darin nicht zu irren, daß Ihre Ansichten in den Reichslanden ganz schlechter Art sind. Daher erkläre ich es mir, daß der Herr Abgeordnete Vebel heute als Störenfried in unsre friedlichen Verhältnisse in Straßburg den Unfrieden hereintragen will.“

Als Herr v. Köller die Ergebnisse der Gemeindevahlen erfuhr, wird er wohl eingesehen haben, wie unvorsichtig es ist, gegen die Socialdemokratie zu prophezeien.

## Deutsches Reich.

**Der neue General-Eisenbahnminister.** Der preussische Eisenbahnminister, Herr v. Tzielen, ist nunmehr unter Jubiläumung des Schwarzen Adlerordens seines Amtes entbunden worden.

Nachfolger wurde, wie man allgemein annahm, ein General, Herr Bude, der, nachdem er 1897 aus dem aktiven Heer ausgeschieden, Direktor der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Berlin wurde.

Politisch ist er bekannt geworden durch eine schwere Niederlage, die er sich im Kampf mit den Agrariern geholt. Er war es, der eifrig aber vergeblich den Junkern die strategische Wichtigkeit des Kanals erörterte.

Daß der Verkehr fortan im Zeichen des Generals steht, dürfte weder für die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn, noch für das Publikum vorteilhaft sein.

**Die Tanzburschen der Arefelder Ehrenjungfrauen.** Unter den Telegrammen der Sonntagsummer berichteten wir, daß der Kaiser die Verlegung eines Husaren-Regiments nach Arefeld angedeutet habe, nachdem er den Arefelder Ehrenjungfrauen, die militärische Tänzer schmerzlich vernichten, versprochen hatte, ihnen einige Lieutenants hinzuzufügen.

Es hat gewiß etwas menschlich Verführliches, daß dieser rauhe Militarismus, der auf die organisierte Lötung von Menschen abzielt, gelegentlich dazu benutzt wird, um tanztüchtigen jungen Damen Tänzer zu beschaffen, daß die Wahl von Garnisonen nicht durch die Rücksicht auf den äußeren oder inneren Feind bestimmt wird, daß das Eisenerz zum Cottilonorden gemindert wird — indessen das Vorkommen hat doch auch seine politischen und staatsrechtlichen Bedenken. Das Leben ist eben nicht ein Tanz, auch kein Lustspiel Gustav v. Mosers, und die Militärvorlagen sind bisher durch die Erziehung der Nation zu Eisen nicht zu Weichwerden begründet worden. Die höchsten Einfälle menschlicher Galanterie unterliegen leider — dem Staatsrecht und es geht nicht nur die auserwählten glücklichen Husaren an, daß sie zum Tanzen nach Arefeld verlegt werden.

So fährt denn die „Freisinnige Zeitung“, unpoetisch wie sie ist, gegen diese Verlegung eines Husaren-Regiments nach Arefeld das grobe Geschütz eines Leitartikels auf. Sie weist darauf hin, daß die Verordnung verfassungsmäßig der Gegenzeichnung des Reichsländers oder des Kriegeministers bedarf. Auch der Reichstag sei bei der Frage interessiert, weil er die Gelder für die neue Garnioneinrichtung zu bewilligen habe, wozu er nicht geneigt sein werde. Dazu käme das Problem, was mit den bisherigen Kasernenbauten anzufangen sei.

Die Arefelder Jungfrauen werden gewiß sehr ungehalten sein, daß man ihnen solche Schwierigkeiten bereitet, um zu ihren Lieutenants zu kommen. Der Oberbürgermeister hat bereits telegraphiert, daß der erneute „Beweis allerhöchster Huld und Gnade“ in der Stadt „Jubel und Freude“ hervorgerufen habe.

Wenn die „Freisinnige Zeitung“ besorgt meint, 16 Oberlieutenants und Lieutenants — so viel zählt ein Husarenregiment — würden doch nicht genügen, um die Tanzlust der jungen Damen bei einer Einwohnerzahl von mehr als 100 000 zu befriedigen, so würde das nichts anderes beweisen, als daß eben noch ein paar weitere Regimenter hinzugesetzt werden müssen. Wenn die tanztüchtigen Ehrenjungfrauen dann noch ihre Taschengelder und Vermögen zusammenlegen, um die Unkosten der in ihrem Interesse erfolgten Verlegung zu bedenken, so wäre damit zugleich ein Weg gezeigt, um die Reichskasse zu entlasten.

Auf Reisen befinden sich in diesen Tagen ungefähr sämtliche Fürsten Europas samt höchsten und militärischen Gefolge. Der Reisezweck ist ein sehr verschiedener; in Dresden wird ein König in die Gruft gesenkt, in London hat die Krönungswoche begonnen. In Dresden ist man dabei bald mit der Trauer fertig, denn man hat einen neuen König, der wieder fröhliche Gesichter sehen soll, und in London ist man nicht allzu fröhlich, denn über das gesundheitliche Befinden des zu Krönenden gehen peinliche Gerüchte.

Alle Einzelheiten dieser Fürstenreisen, dieser Trauer- und Freudenfeierlichkeiten werden in der wohlgeleiteten Presse spaltenlang geschildert. Etwas historische Bedeutung kommt all diesen Vorgängen natürlich nicht zu.

**Graf Waldersee feiert die englische Kriegsführung.** Zur Krönungsfeier in London ist auch Graf Waldersee gereist. Rann war er am Sonntag angelangt, als er seinen früher sich

bewährten Rede-Eifer von neuem beihätigte und zwar auf einem Festmahl, das Feldmarschall Roberts ihm und den ihn begleitenden Offizieren zu Ehren veranstaltete. Es mag in Deutschland interessieren, welche Meinung Graf Waldersee bei dieser Gelegenheit über die fast allenthalben in der deutschen Bevölkerung schwer verurteilte Kriegsführung Englands in Südafrika, sowie über den Oberkommandierenden dieser Kriegsführung geäußert hat. Er sagte:

„Es ist eine hohe Ehre für mich, an den gegenwärtigen Festlichkeiten zur Krönung Seiner Majestät Ihres allergnädigsten Königs teilzunehmen. Die Thatfache, daß ich letztes Jahr die Ehre gehabt habe, britische Truppen zu beschließen und deren Schulung und Tapferkeit selbst zu beobachten, erhöht meine Freude und meine Genugthuung. Heute Abend Gast eines so ausgezeichneten Oberbefehlshabers der britischen Armee, des stets feigereichen Feldmarschalls, meines Wirtes, zu sein. Wir deutschen Soldaten wissen alle sehr wohl, wie schwer und mühsam die Aufgabe war, welche die britische Armee in Südafrika zu bewältigen hatte; wir wissen auch, daß Offiziere und Mannschaften ihres Heeres diese Aufgabe mit der äussersten Hingabe an ihr Land, mit Tapferkeit und Menschlichkeit erfüllt haben.“

Feldmarschall Roberts erwiderte einige verbindliche Worte für das deutsche Heer und toaste auf den deutschen Kaiser.

Die Verherrlichung der britischen Menschlichkeit in Südafrika mag oberdächlichen und bürgerlichen Vorkriegsfeinden Grund zu neuer Enttäuschung sein. Wir finden es nicht wunderbar, daß der Generalissimus des russischen Nachzuges die Menschlichkeit der südafrikanischen Konzentrationen feiert.

## Konservative Sozialpolitik. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Die Regierung weiß ganz genau, daß die konservative Partei als solche jedes Interesse an dem Zolltarif-Entwurf in dem Augenblick verlor, da er von einem Regierungsvizepräsidenten in allen wesentlichen Punkten als unabänderlich bezeichnet wurde. Weicht die Regierung, insbesondere die preussische Regierung, auf diesem Standpunkt, so ist das Schicksal des Zolltarifs besiegelt, einerlei, ob der Reichstag geschlossen wird oder nicht.“

Ein reizendes Bild: Die Regierung erklärt jedes Hinangehen über ihre Zollvorlage für ausgeschlossen, die Konservativen erklären die Regierungsvorlage für unannehmbar — und dennoch mühen sich beide aufs eifrigste um Fortführung der Beratungen!

**Auch eine Polenpolitik.** Zu ihrer Polenpolitik empfängt die Regierung eine Reihe guter Ratschläge in den „Preussischen Jahrbüchern“ des Herrn Prof. Delbrück, der telegraphisch in dieser Frage eine verständige Haltung einnimmt. Ein Urteiler, der sich den Worten Teutonius besiegelt, verlangt dort zur Vereinfachung der föderalen Polenregel nur ein klein bißchen Verfassungsänderung. Der kluge Herr liefert den Befähigungsnachweis für den Posten des Reichsländers in folgender Weise:

Die Gesetze des Deutschen Reichs sollen von Deutschen gemacht werden. Polen sind aber keine Deutsche. Folglich: Alle Polen verlieren das aktive und passive Wahlrecht für den Reichstag und Landtag.

Bei der Gefahr gar so dringend ist, hat Teutonius sich nicht Zeit genommen, seinen Vorschlag gründlicher durchzuarbeiten, sonst hätte er den Polen Beteiligung an kommunalen Wahlen doch launig gelassen. Öffentlich holt er das Verstumme noch nach.

Als Ertrag will er den Polen ihre Sprache lassen und ihnen besonders polnische Volksschulen einrichten, auf denen Deutsch als Unterrichtsgegenstand sogar ausgeschlossen ist. Ebenso soll für die Polen der Schulzwang aufgehoben werden. So bleiben sie ungebildet, unvorsichtig und dumm und können den Deutschen nur geringe Konkurrenz machen. Damit sie sich aber über die ihnen ertönten Wohlthaten nicht aufregen, muß noch etwas hinzukommen: Aufhebung der Pressefreiheit und des Vereinsrechtes.

**Wörtlich schreibt der edle Teuton:**  
Jede polnische Freieinheit, die sich in Presse und Vereinen in Wilderheit und Verhöhnung des deutschen Staates oder deutschen Volkes an Tageslicht wagt, ist mit mittelbloser Härte zu unterdrücken. Steht der Begriff der polnischen Nation innerhalb des Deutschen Reichs staatsrechtlich fest, so macht es keine Schwierigkeit, für die Polen die Press- und Vereinsfreiheit an der Kraft zu setzen, in dem Sinne, daß jede nationale Ausschreitung von den Verwaltungsbehörden auf Grund besonderer Vollmachten ohne weitere richterliche Entscheidung rasch und streng zu ahnden ist. Wenn eine Zeitung für einen frechen Angriff sofort unterdrückt oder ein Verein aufgelöst und seine Leiter hinter Schloß und Riegel gesetzt und darauf hingewiesen werden, so wird solche Strenge auf das heisse polnische Blut sehr beruhigend wirken.

Es könnte Verwunderung erregen, daß in einer vornehmen auf Wissenschaftlichkeit Anspruch machenden Zeitschrift derartige Völkereien Aufnahme finden, wenn man nicht vielleicht in dem teutonischen Bewußt nur eine gelungene Parodie auf die Polenpolitik der Regierung zu erblicken hat.

**Der Führer der Nation.** Graf Bäder hat nun auch dem Vorsitzenden des Glogauer Gerichtshofes eine Pflöckenforderung übersandt. Seitens des Glogauer Landratsamtes ist die Unterbringung des Grafen Bäder zur Beobachtung in eine Irrenanstalt bei der Landesregierung bereits am Samstag beantragt worden.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ wird nun wohl demnächst feststellen, daß an ihrem Grafen ein Mordmord verübt worden ist.

**Die Kartelle rüsten.** Der Centralverband der Industriellen hat an die Kartelle und Syndikate ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Das Direktorium des Centralverbandes hat wahrgenommen, daß im Reichstag und in Landtagen einzelner Bundesstaaten gegen das Kartellwesen Anklagen erhoben wurden, die auch in einem Teil der Tagespresse und in der öffentlichen Meinung Widerhall fanden. Es war nicht zu verkennen, daß diese Bewegung in dem Streben ausläuft, die Reichsregierung zu Eingriffen gezwungen oder sonstiger Art in das Kartellwesen zu bestimmen. Bei dieser Sachlage konnte das Direktorium die in neuerer Zeit auf andren Gebieten gemachten Erfahrungen nicht unbeachtet lassen, nach denen solche in der öffentlichen Meinung hervortretenden Bestrebungen mehrfach zu tatsächlichen Erfolgen geführt haben.

Der Verband erbittet daher zu Zwecken der Verteidigung seiner unschuldvollen Kartellisten um finanzielle Beiträge, und, da es sich um keine unmittelbaren Leute handelt, erklärt er von vornherein, es dürfe nicht unter hundert Mark! gesendet werden. Die Herren werden gern in die Tasche greifen, etwas gesteigerte Ausbeutung des Konsumentenpublikums bringt die Unkosten schnell wieder herein.

**Der sächsische Landtag** soll, wie die „Chemn. Allg. Sta.“ meldet, am 3. Juli zu einer kurzen außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um die Spanagen für den König, den Kronprinzen und die Königin-Witwe zu bewilligen. Außerdem wird die Ständeverammlung die Urkunde annehmen, welche die eideschwürliche Versicherung des Königs auf die Verfassung enthält.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Leuberg, 23. Juni.** Der Landtag versagte mit allen gegen drei Stimmen dem Antrage Stojanits, welcher eine Protestkundgebung gegen das Vorgehen gegenüber den preussischen Polen bilden sollte, die Unterstüzung. Der Antrag gelangt daher nicht zur Verhandlung.

### Frankreich.

**Republikanische Gastfreundschaft. — Säuberungsabsichten.** Paris, 21. Juni. (Fig. Ver.) Die Interpellation der sozialistischen Abgeordneten Sembat und Pressensé über die

Liebedienerei des Kabinetts Waldeck-Rousseau gegenüber der spanischen Monarchie konnte erst von dem Kabinett Combes beantwortet werden. Es handelte sich um die Verhinderung einer öffentlichen Versammlung, die unter Beteiligung von spanischen republikanischen Deputierten abgehalten werden sollte, und um das Verbot der republikanischen Zeitung „El País“. Und zwar wurde die Versammlung offiziell verhindert durch die Drohung, widrigenfalls die spanischen Republikaner auszuweisen.

Dies der Inhaltbestand, den die Interpellanten feststellten gegenüber den Beschönigungsversuchen des Ministerpräsidenten. Letzterer übernahm nämlich die Verantwortung für jene Handlungen seines Vorgängers, wie er den früheren Minister des Auswärtigen, Delcassé, übernommen hat. Somit gab er noch zum besten nichtsjagende Nebenarten über die Wahrung des gastfreundlichen Rufes Frankreichs, die aber vom schwerwiegenden Hinweis auf die internationalen Pflichten, die jenen Ruf praktisch durchzuführen, begleitet waren.

Sembat behandelte die Frage mehr unter dem Gesichtspunkt der französisch-spanischen Solidarität im allgemeinen und dann im Kampfe gegen Alerikalismus und Pratorianeraktum im besondern. Pressensé geißelte in seiner vorzüglichen Festlegungsrede die für eine Demokratie demütigende Liebedienerei gegenüber auswärtigen Reaktionsmächten überhaupt. Dabei berührte er auch mutig den Unfug der sich in Frankreich herumtreibenden mehr oder minder gebietenden Polizei im Dienste despoitischer Regierungen, die ihre Opfer bis zu den äußersten Grenzen der bewohnbaren Erde verfolgen... Dieser Audentung auf das zarische Spitzelium ließ der Redner das erfreuliche Verprechen folgen, „diese Schleier zu zerreißen“ gelegentlich der kommenden Interpellation über die auswärtige Politik. Zur Unterstützung der patriotischen Englandshasser hielt Pressensé ferner der französischen Republik das stolze Muster des britischen Vorkriegs vor.

Die Debatte endete mit einer ebenso platonischen Resolution, wie es die Antwort des Ministerpräsidenten war: Die Kammer nahm zur Kenntnis die Erklärungen der Regierung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Gastfreundschafts-Traditionen Frankreichs. Eine desto nichtsjagendere Resolution, als sie mit 445 gegen 19 Stimmen votiert wurde, d. h. auch von allen früheren und künftigen Verlegern besagter „Traditionen“. Unter der Minderheit befinden sich 11 antiministerielle Sozialisten.

Die Säuberung des Beamtenpersonals von reaktionären Elementen bildet bekanntlich die einzige Neuheit des Programms des Kabinetts Combes. Der letzte Ministerrat hat den ersten Schritt zur Durchführung dieses Programmpunktes. Er packte aber die Sache ebenso geschickt an, wie Mühlhausen, der sich beim eignen Kopfe aus dem Sumpfe zu ziehen suchte. Fortan soll nämlich kein Beamter ernannt oder befördert werden, ohne vorheriges politisches Zeugnis, welches vom dreifachen — Präfeldern auszustellen ist. Wer und was birgt aber für die republikanische Stimmung des Präfelders? Und haben die Präfeldern überhaupt Bestimmung? Ist es doch eine bekannte und vergebens bekämpfte Thatfache, daß das Präfeldpersonal sich seit Melines Zeiten oder noch seit früheren Zeiten wenig geändert hat. Die Präfeldern richten sich vorsichtig nach dem jeweiligen Ministerium, insofern das ihrer Laufbahn bei etwaigen kommenden Ministerwechseln nicht schaden kann... Die vom Ministerrat beschlossenen Zeugnisverfahren dürften meist dazu dienen, Beamte, die im demokratischen oder gar erst im sozialistischen Bereich stehen, zurückzulegen. Um so mehr, als die Berichte der Präfeldern natürlich geheim bleiben werden, was die zweifelhafte Maßnahme auch noch gebührend macht. Denkt die Regierung ernstlich an die Beamtensäuberung, dann muß sie mit den Präfeldern anfangen. Ihr erster Präfeldenskab, der für den Beginn des nächsten Monats angehängt ist, kann erst den Wert ihrer guten Säuberungsarbeiten offenbaren.

**Loubet der Beschwichtiger.** Herr Loubet hat in Le Mans vor den Turnvereinen und den örtlichen Behörden, die ihm kühnsten, eine politische Ansprache gehalten, in der er von neuem die Rolle des Beschwichtigers gegenüber seinem Ministerium, das ihm offenbar allzu radikal ist, zu spielen gedachte. Er erwiderte einen Zehntel des Bürgermeisters mit einer Ansprache, in der er an die Worte des Präsidenten anknüpfte, daß der Präsident das ganze Frankreich vertritt. Ramentlich, fuhr Loubet fort, wenn es sich um französische auswärtige Interessen handle, wenn der gute Ruf und die Würde des Landes auf dem Spiele stehen, müßten die politischen Parteien den Präsidenten außerhalb ihrer Zwistigkeiten lassen. Er bemühte sich, die Angriffe, zu deren Gegenstand er gemacht worden sei, zu vergessen, aber er wollte darauf hinweisen, welchen Nutzen die Republik davon ziehe, wenn der Präsident nicht maßlosen Zugriffen ausgesetzt sei, die seine Autorität antasten, deren er, wenn er im Namen Frankreichs spreche, bedürfe. Der Präsident betonte sodann die Unterstüzung, die Zuneigung und Hingabe, die sich von seiten der Republikaner in schwierigen Augenblicken gezeigt habe und fuhr fort: Die Republikaner wissen, daß ich in der Erfüllung meiner Pflicht gegen die Republik nicht unterlassen werde; aber ich empfehle Ihnen das Programm der Ordnung, der Einigung und der Beruhigung. Ich fordere die Republikaner auf, diesem Programm all ihren guten Willen zuzuwenden und einig zu bleiben, um das Ideal der Gerechtigkeit und Güte zu verwirklichen, welches das Ziel der Politik der republikanischen Regierung ist.

**Jaurès gegen „das eilige Bündnis“.** In Saint-Nandé fand am Sonntag ein französisch-italienisches Volksbankett zur Feier des Abschlusses des französisch-italienischen Handelsvertrages statt. Unter den Rednern befand sich Jaurès, der die Stimmung aussprach, daß dieses Friedensfest bald den Zusammenschluß aller Völker einweisen möge. Jaurès sagte u. a.: „Das zwischen Frankreich und Italien wieder geschlossene Bündnis beginnt uns von den Fesseln eines ausschließlichen Bündnisses zu befreien, das für die Demokratie verhängnisvoll war. Ich begrüße diesen Strahl italienischer Freundschaft, der uns hilft, den Keil eines eiligen Bündnisses zu schmelzen, wo der Genius Frankreichs zu verkommen drohte.“ Diese und die andern Reden wurden mit Hochrufen auf die Internationale und den Sozialismus aufgenommen.

## Belgien.

### Das Drama von Löwen.

Löwen, 21. Juni. (Fig. Ver.)

Das Schauspiel des Dramas vom 18. April dieses Jahres hat hier begonnen.

Bekanntlich wurden am vergangenen 18. April von den hiesigen Arbeitern gleichwie an den vorhergehenden Tagen eine Manifestation zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts inszeniert. Die Manifestanten hatten sich in zwei Gruppen geteilt; die eine marschierte nach der Rue Bielemont, die andre durch die Rue de Marais. Die erste wurde in jener Straße durch die Zivilgarde am Weitermarsch gehindert und es wurden Schüsse auf die Manifestanten abgegeben. Die andre Gruppe wurde gleichfalls in der kostenähnlichen Rue de Marais ebenfalls mit Gewehrhalben von seiten der Zivilgarde empfangen. 6 Tote waren das Resultat des Werkes der Zivilgarde, sowie zahlreiche Verwundete, von denen einige zeitweilens Krüppel bleiben werden. Kurz nach der Hinfahrt wurden Verhaftungen unter den Manifestanten vorgenommen, und die Bleibenden im Krankenhaus wurden wie Gefangene bewacht.

Der Untersuchungsrichter war unangekündigt thätig; mit welcher Unparteilichkeit er seines Amtes waltete, habe ich bereits in Nr. 107 des „Vorwärts“ geschildert. Die Angeklagten, 14 an der Zahl, sieben im Alter von 17—27 Jahren, 4 davon wurden aus der Haft vorgeführt. Ein Angeklagter erscheint, den Kopf verbunden, gestützt auf eine Verwandte, im Gerichtssaal. Einer der Angeklagten war aus dem Krankenhaus entlassen und konnte nicht aufgefunden werden, trotzdem er die Stadt Löwen niemals verlassen hat.



Er stellte sich am Dienstag früh dem Gerichte. Den Angeklagten stehen 5 Rechtsanwältinnen, darunter der geordnete Genosse Destree, zur Seite. 120 Zeugen, darunter 65 für die Belastung, sind geladen. Unter den Zeugen befindet sich der liberale Bürgermeister von Löwen, sowie der sozialistische Abgeordnete van Langendonck.

Die Anklage lautet auf Vergehen wider die Artikel 269 (Rebellion) und 272 des Strafgesetzbuches. Als Rebellion wird nach Artikel 269 angesehen: Jede Attade, jeder Widerstand, sei es durch Gewalt oder Drohung gegen die ministeriellen Offiziere, Gendarmen u. d. Agenten der öffentlichen Macht. Artikel 272 lautet: Wenn die Rebellion durch mehrere Personen begangen ist und eine vorherige Verhängung stattgefunden hat, so wird für die Rebellen, die Waffen bei sich tragen, auf Zuchthausstrafe (Réclusion) und für andre auf Gefängnisstrafen von ein bis fünf Jahren erkannt. War die Rebellion nicht das Resultat einer vorherigen Verhängung, so werden die mit Waffen versehenen Schuldigen mit einer Gefängnisstrafe von ein bis fünf Jahren und die andern mit drei Monaten bis zwei Jahren bestraft.

Die Verhandlungen begannen Dienstag früh 10 Uhr. Schon um 8 1/2 Uhr stand eine dicke Menge, meistens Arbeiter, vor dem Justizgebäude. Nur die Hälfte des Publikums fand Platz.

Vor dem Gerichtsaal liegen Dolche, Säbel, Pfastersteine, Trommel usw., alle mit Eisenketten versehen. Diese Dinge wurden nach dem 18. April in den Orten der Füllkisten gefunden.

Nach Aufzählung der Angeklagten und Erledigung der sonstigen Formalitäten beginnt der Staatsanwalt mit einer Anklage-Erklärung. Er spricht von dem Drama des 18. April, das eine widerwärtige Presse gegen die Ordnungsparteien ausgebeutet habe. „Auf den Offizier zu sprechen kommend, der „Feuer“ kommandierte, sagte er: „Der Lieutenant Coen hat den heroischen Mut gehabt, „Feuer“ zu kommandieren.“ Nach dieser Rede begriffen wir erst die Bedeutung der Worte eines Löwener Bürgers, dem wir unsere Ueberzeugung mitgeteilt hatten, daß die Angeklagten, da jeder Schuldbeweis fehle, freigesprochen werden würden: „Gykont dus niet de Justico in Louven“ (da kennen Sie nicht die Gerechtigkeit in Löwen).

Nachdem der Staatsanwalt geendet, beginnt die Zeugenvernehmung. Die Zeugen wissen fast durchgehend nur zu bekunden, daß die Manifestanten die bei dieser Manifestation stets üblichen Androhung gethan haben, wie „à bas Schollars“ (Kammerpräsident) u. d. Einstimmig bekunden die Zeugen, daß die Manifestanten in dem Augenblick der Füllkiste gerufen haben: „Es lebe die Zivilgarde!“ Der einzige Angeklagte in anderer Richtung, der belastet scheint, ist Triaux. Er hat an jenem Abend Dienst in der Zivilgarde als Tambour. Bei der Ankunft der Manifestanten in der Rue Fiermont hat er seine Waffen weggeworfen und gerufen: „Kommt nur hier vorbei, wir (Zivilgardisten) schießen nicht.“ Der Lieutenant Coen, der das verhängnisvolle Kommando „Feuer“ in der Rue de Marais gab, wird — als Zeuge vernommen. Er will dazu gezwungen worden sein, weil er beim Halse gepackt worden sei. Nur wenig er seinen Angreifer zu nennen. Ein Teil der andern als Zeugen vernommenen und an der Mutarbeit beteiligten getauften Zivilgardisten — lauter blutjunge, 19jährige, wohlgenährte Bourgeoisöhne — wollen Steine haben fliegen sehen. Der andre Teil hat weder Angreifer noch fliegende Steine gesehen. Aber alle — abgesehen von zwei Ausnahmen — können nicht ausagen, daß ein Zivilgardist verwundet oder nur an seiner Uniform beschädigt worden wäre.

Auf ein Ende legte das Gericht besonderen Wert: zu wissen, ob der sozialistische Abgeordnete van Langendonck die Manifestanten aufgereizt habe. Diesbezüglich wurde von den Zeugen, Polizisten, Privatpersonen u. d. einstimmig bekundet, daß van Langendonck unablässig die Manifestanten zur Ruhe und Heimkehr gemahnt hat.

Betrachtet man nun die bisherige Zeugenvernehmung — und bis jetzt wurden durchgehend nur Belastungszeugen vernommen — so sucht man vergebens nach Gründen, die eine solche Bluttat irgendwie rechtfertigen könnten. Das aber haben diese zwei Tage schon unüberleglich bewiesen, — und das Urteil des Gerichts, wie es auch immer ausfallen möge, wird daran nichts ändern können — daß die Verantwortung für die Vorgänge denjenigen zufällt, daß diejenigen die wahren Schuldigen sind, die diesen mitleiderregenden jungen Bourgeoisöhnen, die sich der Größe ihres Verbrechens gar nicht bewußt sind, die Waffen in die Hände gaben.

Die Verhandlungen werden Montag, den 23. Juni, fortgesetzt und dürfen bis Mittwoch, den 25. Juni, dauern. —

## Holland.

**Christliche Arbeiter gegen die christliche Regierung.** (Wg. Ver.) Der von der vorigen Regierung hinterlassene Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeits- und Ruhezeit, durch den der Anfang gemacht werden sollte mit dem Schutze der erwachsenen männlichen Arbeiter gegen die Profitgier des Kapitalismus, wurde von der neuen „christlichen“ Regierung eingezogen, nachdem er bereits in den Abteilungen geprüft und in einzelnen Punkten verbessert worden war. Als Gerolf Schaper bei der Beratung über das Staatsbudget die Regierung interpellierte, wurden vom Ministerpräsidenten, sowie vom Minister des Innern Erklärungen abgegeben, die erkennen ließen, daß von dieser Regierung in jener Hinsicht nichts zu erwarten ist, und die christlichen Abgeordneten ständen der Frage ebenso teilnahmslos gegenüber. Nun hat aber der „Christlich-katholische“ Widerverband, das nachgeholt, was die christlichen Abgeordneten versäumt haben, und eine treffend motivierte Petition abgefaßt, worin sie auf die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit, besonders für das Wägerei- und Holzgewerbe, und es beklagen, daß jener Entwurf „zum Schaden für die Behntausende der hieran Interessierten nicht auf das Regierungsprogramm gesetzt wurde, obwohl unserer bestehenden Meinung nach diese Sache aus dem Gesichtspunkt der Religion und des Familienlebens doch sehr dringend genannt werden muß.“ — Ob die christliche Regierung der bestehenden Meinung ihrer getreuen Schäflein die gebührende Beachtung schenkt, ist sehr zweifelhaft. Das voranschreitende Schicksal der Petition wird wohl dazu beitragen, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß von den bürgerlichen Parteien ihre Interessen nicht vertreten werden und wenn jene Herren auch ein noch so feines Gesicht machen. Die Erfahrung wird sie lehren“, schreibt „Het Volk“, „ob das politische Christentum der Bürgerparteien etwas andres ist als maskierter Kapitalismus, und ob der sociale Inhalt von Jesu Evangelium nicht sicherer bei den Socialdemokraten ist, als bei den Pharisäern und Schriftgelehrten, die jeht alle Kraft mit Hilfe der ungläubigen Konfessionen anspannen, um den Fortschritt der Arbeiterschutzesetzung so viel wie möglich zu hemmen.“ —

## England.

**Die Radikalen und die entstehende Arbeiterpartei.** London, 21. Juni. Noch hat die Arbeiterpartei keine feste Gestalt angenommen und wir hören schon von Versuchen einer Alliance zwischen Führern der Radikalen und der Arbeiter. Ein derartiger Versuch wurde nach einem Bericht der „Daily News“ in einer Zusammenkunft gemacht, die vor drei Wochen im Kommissionszimmer Nr. 13 des Unterhauses unter dem Vorhange des radikalen Abgeordneten Sir Charles Dillie stattfand. Genauere Nachrichten über diese Versammlung liegen nicht vor. Nur so viel ist bekannt, daß der erste Versuch an dem Widerspruch Keir Hardies gescheitert sei. Keir Hardie begriffte zwar den

Gedanken einer Scheidung der Radikalen von der liberalen Partei, hielt aber an seinem Programm fest, daß die Arbeiterpartei unabhängig bleiben müsse. Dagegen könne sie von Fall zu Fall mit den Radikalen und den Freen zusammenarbeiten. —

## Rußland.

### Polizeibrutalitäten.

Man schreibt uns aus Warschau: Täglich neue blutige Grausamkeiten, täglich neue Opfer, ein ununterbrochenes Hinmorden auf offener Straße... das ist das Leben im Jarenlande! Vor unseren Augen geschoben täglich die fürchterlichsten Vergehungen, jedes einzelne von diesen, in einem zivilisierten Lande geschähen, würde einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, Volksversammlungen, Protestmeetings usw. nach sich ziehen. Bei uns aber wird alles totgeschwiegen, die Zeitungen dürfen nichts schreiben, öffentliche Versammlungen giebt es nicht im Jarenlande.

Was wir hier mitzuteilen haben, ist keineswegs sensationell, es ist ein sehr einfacher Vorgang, aber desto erschütternder: Am 3. Juni wurden die Passanten der Dzikastrasse, in einem der ärmsten Stadtviertel, durch das ungewöhnliche Erscheinen einer Anzahl Gorodowojs (Schuhmacher) nicht gerade angenehm überrascht. Ganz unbegreiflich weshalb stürzte sich plötzlich ein Gorodowoj auf einen Arbeiter, rief einige Handschläge heran und fing an, zusammen mit den letzteren, den Arbeiter unerbittlich zu schlagen. Die Straßenpassanten, höchst empört über diese fürchterliche Scene, wollten den Arbeiter den Händen des Schuhmachers entreißen, aber der Gorodowoj zog sein Schwert aus der Scheide, schlug links und rechts damit los, so daß niemand herankommen konnte. Der Arbeiter wurde ins Polizeirevier geschleppt und unterwegs ununterbrochen blutig geschlagen. Nach einiger Zeit geschah dasselbe mit einem zweiten Arbeiter. Diesem folgte ein dritter... Im IV. Polizeirevier kamen Kosaken den Gorodowojs zu Hilfe und begannen die Verhafteten systematisch mit bestialischer Grausamkeit zu schlagen. Aus dem Revier ertönten herzuherzende Schreie... Als dann der Revierlieutenant in die Folterzelle hineinkam, steckte ihn die Gefangenen um Wasser an. Als Antwort darauf befahl er, weiter zu schlagen. Nachts wurde ins Revier ein Rettungswagen der „schönsten medizinischen Hilfe“ (pogotowis ratunkowa) herbeigeholt und den Gefangenen wurde einige ärztliche Hilfe zu teil. Als aber der Arzt dem Revierlieutenant meldete, daß den Arbeitern solche gefährliche Verletzungen beigebracht worden seien, daß sie sofort in ein Hospital gebracht werden müßten, machte sich der pristaw (Lieutenant) lustig darüber. Am andern Morgen wurden die drei Arbeiter Spionen vorgezeigt, und es erwidert sich, daß kein Spion dieseltben gekannt hat, d. h. daß sie völlig unschuldige, den Spionen und bekannte Menschen waren. — Um „unmögliche Verede“ in der Stadt über die Schlägerel zu vermeiden, veröffentlichte die Polizei in den Lokalzeitungen eine kleine Notiz, in welcher es lakonisch heißt, daß am 3. d. M. drei „berühmte Diebe“ auf der Dzikast verhaftet worden seien.

Die Arbeiter wurden nach zwei Tagen entlassen, aber... ein Schauder ergreift jeden beim Anblick dieser unschuldigen Opfer der wilden polizeilichen Willkür: sie sind kaum lebendig, verblüht, verkrüppelt, einem ist das Rippenbein krumm geschlagen, einem andern eine Hand gebrochen... —

**Sessingford, 22. Juni. (A. S. B.)** Der Gouverneur von Finnland befahl die Einstellung des Verfahrens gegen die aus- geliebten Stellungspflichtigen, weil die Gerichtshöfe bisher die dieserhalb Angeklagten wiederholt freigesprochen. —

## Asien.

**Rußland verläßt Tientsin.** In dem russisch-englischen Weltstreit in China vollzieht Rußland soeben einen neuen plötzlichen Schachzug, um die chinesische Regierung auf seine Seite zu ziehen. Die „Times“ meldet aus Peking vom 20. Juni: Der russische General Logad hat am 14. Juni Tientsin verlassen und kehrt nach Rußland zurück; sein Posten ist nicht wieder besetzt worden.

Rußland zieht sich aus den Vereinbarungen der Mächte bezüglich der Verfestigung von Tientsin zurück. Damit ist die Frage, ob Tientsin überhaupt noch wieder besetzt gehalten werden soll, brechend geworden. Im Unterhause erklärte am Montag Unterstaatssekretär Grandborne, daß über die Bedingungen, unter denen die provisorische Regierung in Tientsin ihr Ende erreichen sollte, noch keine endgültige Vereinbarung getroffen sei.

## Afrika.

**Bretoria, 21. Juni.** Lord Milner hat heute den Amideid als Gouverneur und Höchstkommandierender der Kolonie geleistet. Ebenso sind ein Gesetzgebender und ein Ausführernder Rat eingesetzt worden. —

### Warnung vor Einwanderung.

**Kapstadt, 22. Juni. (A. S. B.)** Sämtliche Generalkonsulate warnen dringend vor der täglich wachsenden Einwanderung nach Südafrika, besonders Deutscher, da jede Aussicht auf Beschäftigung oder Gründung einer dankbaren Lebensstellung fehle, selbst für Bemittelte. Gegenwärtig befinden sich selbst in Kapstadt noch an gehäufend früher in Johannesburg und andern Städten der neuen Kolonien angefahrenen Duitländer, welche ihre Rückkehr noch abwarten müssen. —

### Deutsche Rechnungsträger.

„Reuters Bureau“ meldet aus Johannesburg: Die hiesigen Deutschen haben ein Komitee gewählt, das an den hiesigen Feierlichkeiten anlässlich der Krönung teilzunehmen soll. In einer an das Blatt „The Leader“ gerichteten Zuschrift erklärt die deutsche Kolonie, sie wüßte durch die Feier der Krönungstage die etwaigen unglücklichen Einbrüche zu gestrennen, die ihre englischen Mitbürger durch die Ueber- treibungen einer schlecht unterrichteten Presse erhalten haben könnten, und sie wüßte ferner das neue Regiment mit dem Bewußtsein zu begrüßen, daß die englische Flagge, ob man sie liebe oder nicht, persönliche und individuelle Freiheit für jedermann bedeute. In dem Komitee sind alle Deutschen „von Ansehen und Einfluß“ vertreten. —

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahltag.** Bei der Stadtverordneten-Erwahlwahl in Reustadt a. O. wurde unser Kandidat, der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Paul Wiling, mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Damit hält der zweite Genosse seinen Einzug in das Reustädter Stadtparlament.

**Zur Gründung der „Volks-Zeitung“ für den Wahlkreis Landeshut-Voitschheim-Jauer.** Schreibt uns nun auch Genosse Kräyig, Landeshut, der im Gegensatz zu Genossen Feldmann festhält, daß das Gewerkschaftsblatt sich nicht mit der Gründung des Blattes, sondern lediglich mit der Frage der Agitation für das neu zu gründende Blatt beschäftigt hat. Die materielle Unterlage für das Blatt sei dadurch gegeben, daß es bereits gelungen sei, die notwendige Abonnentenzahl zusammen zu bringen; das bedeute eine Verdreifachung der Zahl der jetzt im Kreis vorhandenen Abonnenten.

„Gazeta Indowa.“ Die Posener Genossen geben von Anfang Juli im Verlage von Josef Bogowski, Weitestr. 21, ein polnisches Organ heraus, welches vorderhand wöchentlich einmal erscheint. Probe-Nummern stehen den Vertrauensleuten in beliebiger Anzahl zur Verfügung und bittet der Verlag um allseitige Unterstützung.

„Socialdemokraten“ auf der Presse-Ausstellung in Kopenhagen. In Kopenhagen ist dieser Tage anlässlich des nordischen

Pressekongresses eine interessante Ausstellung eröffnet worden, die ein umfassendes Bild der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes des dänischen Zeitungswesens bietet. Einen nicht geringen Raum nimmt die sozialdemokratische Presse ein. In dieser Abteilung der Ausstellung befindet sich auch eine bildliche Darstellung, die das Wachstum der Presse unserer dänischen Bruderpartei treffend illustriert. „Socialdemokraten“ wird durch einen mächtigen Baum symbolisiert, dessen 22 starke Äste die Provinzialblätter darstellen. Auf dem Stamm steht die Zahl 78 000, die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Presse Dänemarks; bei einer Einwohnerzahl von ca. 2 Millionen gewiß eine respektable Anzahl; aber mindestens viermal so groß ist die Zahl der Leser. An einer Seitenwand ist „Socialdemokraten“ Jubiläumsummer vom Jahre 1896, als das hauptstädtische Organ sein 25. Lebensjahr erreicht hatte, ausgestellt. — Insgesamt werden in Dänemark 210 Tageszeitungen herausgegeben, davon 18 in Kopenhagen. Die Gesamtzahl der Exemplare, in der die dänischen Tageszeitungen erscheinen, beträgt 600 000. —

### Politikliches, Gerichtliches usw.

**Flugblattverbreitung am Sonntag.** Die bekannte Bestimmung aller Versammlungsverordnungen, wonach am Sonntag und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verboten sind, sollten sechs Parteigenossen aus Jauer (Hörsner und Genossen) durch Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter und Kalender übertreten haben. Sie hatten eines Sonntags früh in den Häusern der um Jauer herumliegenden ländlichen Ortschaften die Druckschriften abgegeben, die sie bei ihrer Wanderung teils in den Posttaschen, teils in Ledertaschen unter dem Jackett, oder in Papier eingewickelt unter dem Arme getragen hatten. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei, weil es sich nicht um eine Arbeit im Sinne der Verordnung des schlesischen Oberpräsidenten handelte, das Landgericht Plegnitz als Berufungsinstanz hob jedoch das Urteil wieder auf und verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen, indem es ansführte: Das Thun der Angeklagten stelle sich als eine öffentlich bemerkbare Arbeit dar. Es sei mit einer gewissen Anstrengung verbunden gewesen, da die Angeklagten in früher Morgenstunden von Jauer aus einen weiten Weg gemacht hätten, dann in den Dörfern von Haus zu Haus gegangen seien und die Drucksachen nicht nur im Parterre, sondern auch im ersten Stock abgegeben hätten. Die Thätigkeit sei auch öffentlich bemerkbar gewesen, wozu nicht erforderlich sei, daß sie von der gesamten Einwohnerschaft oder von einem größeren Teil derselben bemerkt wurde; es genüge, daß sie öffentlich bemerkt werden konnte.

Die Angeklagten legten Revision ein und erzielten, daß der Strafsenat des Kammergerichts das Urteil des Landgerichts aufhob und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwies. Begründend wurde angeführt: Der Begriff der öffentlichen Arbeit im Sinne der Oberpräsidial-Verordnungen zum Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonntag- und Feiertage sei vom Landgericht verkannt worden. Hierunter sei nicht jede Thätigkeit, auch nicht jede Thätigkeit zum Zwecke der Verteilung von Druckschriften zu verstehen. Eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne jener Verordnungen sei vielmehr eine Thätigkeit oder Beschäftigung, die mit einer gewissen Anstrengung verbunden und nicht nur des Vergnügens wegen unternommen sei, sowie ferner als solche öffentlich in die Erscheinung trete und geeignet wäre, die äußere Heiligkeit der Sonntag- und Feiertage zu stören. Die Darlegungen des Landgerichts und seine bisherigen Feststellungen rechtfertigten nun in keiner Beziehung die Ausnahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit in diesem Sinne. Der Vorderrichter hätte vor allem feststellen müssen die Schwere, den Umfang und das Ansehen der von den Angeklagten am fraglichen Sonntag mit sich geführten Taschen und Pakete. Das Landgericht habe sich darum noch einmal mit der Sache zu beschäftigen, die erforderlichen Nachprüfungen vorzunehmen und je nach dem Ergebnis neu zu entscheiden.

## Aus Industrie und Handel.

**Saatenstand in Preußen.** Nach der Mitteilung des Königlich-Statistischen Bureaus stellte sich um Mitte Juni der Saatenstand in Preußen (wobei 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeutet): Winterweizen 2,3, Sommerweizen 2,5, Wintergerste 1,9, Winterroggen 2,5, Sommerroggen 2,8, Sommergerste 2,6, Hafer 2,5, Kartoffeln 2,2, Acker 2,6, Luzerne 2,7, Wiesengras 2,7. Die entsprechenden Differenzwerte Juni 1901 waren 3,7, 2,8, 2,7, 3,1, 3,0, 2,7, 2,6, 2,5, 3,1, 3,0. Es sehen demnach in diesem Jahr nicht nur die Getreideernten, sondern auch Acker und Wiesengras weit günstiger, als im vorigen Jahr.

In der amtlichen Erläuterung zu diesem Saatenstands-Bericht heißt es: Die hochsommerliche Hitze der letzten Tage des vorigen Monats hatte dem durch die frühen Regengüsse im Mai zum Stillstand gekommenen Wachstum der Saaten neues Leben gebracht; die danach eintretenden erfrischenden, zunächst warmen Niederschläge hatten den wohlthunenden Einfluß der Wärme auf den Stand der Getreidefrüchte noch verstärkt. Diese überaus fruchtbare Witterung hatte aber einer bedeutenden Abkühlung weichen müssen, die am stärksten im Regierungsbezirk Trier sich fühlbar machte und hier in der Nacht vom 11. Juni das Thermometer etwas unter Null sinken ließ. In den übrigen Gebietsstellen des Rheinlandes, sowie in Posen-Pommern soll es in dieser und der folgenden Nacht gefroren haben. Aus dem Osten liegen dagegen nur vereinzelte Meldungen über Frost in den beiden Nächten vor, so eine aus den Regierungsbezirken Gumbinnen, Danzig und Stettin. Winterweizen hat der rauhen Witterung des Mai von allen Saaten am besten widerstanden und seinen Stand im Verhättnismonat noch verbessert, wie englischer Weizen hat dies nicht vermocht. Die Verfrachtung von Roggen ist erfreulicherweise nicht zur Thatsache geworden. Auch Winterroggen berechtigt zu guten Hoffnungen. Die Sommerfrüchte haben vielfach unter der ungelieblichen Witterung gelitten, werden aber nach Ansicht der Vertrauensmänner eine deutliche Besserung erfahren, wenn bald günstige Witterung eintritt. Ueber die Kartoffeln läßt sich zur Zeit noch kein sicheres Urteil fällen. Acker, Luzerne und Wiesengras haben sich seit vorigem Monat sehr verbessert.

**Rübenanbau in 1902.** Nach soeben veröffentlichter amtlicher Erhebung beträgt die Gesamtfläche, die in Deutschland mit Rüben bepflanzt wurde, 429 341 Hektar (gegen 478 873 Hektar im Vorjahre). Die Umfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckerfabrikation vom 30. April/10. Mai er. hatte 429 471 Hektar resp. eine Verminderung von 11,2 Proz. gegenüber dem Vorjahre festgestellt. Nach der amtlichen Feststellung beträgt das Minus 9,9 Proz.

**Kohlen- und Coakspreise.** Wie die „A. S. B. Ntz.“ erklärt, haben die für Petroleumkohlen und Coaks festgesetzten Verrechnungspreise (d. h. die Preise, die bei den Abrechnungen zwischen den Syndikaten und den Bechen bezw. Coaksweirern zu Grunde gelegt werden) von 7,50 und 9,50 M. pro Tonne nur noch bis zum 30. d. M. Gültigkeit. Nachdem aber das Coakssyndikat bereits beschlossen hat, die bisherigen Verrechnungspreise auch für das zweite Halbjahr 1902 beizubehalten, sei anzunehmen, daß auch das Kohlensyndikat eine Änderung der Preise nicht eintreten lassen werde.

**Deutscher Außenhandel vom Januar bis Mai 1902.** Nach dem vom Kaiserlichen Statistischen Amt soeben herausgegebenen Jahrest der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel betrug in den fünf Monaten Januar bis Mai d. J.:

A. Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 15 990 416 gegen 16 703 727 und 16 159 796 in den beiden Vorjahren, daher weniger 713 311 und 229 380. Von 43 Zolltarifnummern ergaben 22 gegen das Vorjahr, 20 gegen 1900 eine Zunahme Große Einfälle brachten gegen das Vorjahr Holz (— 288 802), Erden, Erze u. c. (— 260 380), Kohlen (— 149 726), Eisen (88 880), Abfälle (— 67 870). Eine erhebliche Steigerung der Zufuhr fand statt bei Material u. Waren (+ 88 225), Bier, Schweinefleisch, Getreiden, Reis, Erdfrüchten, Salz u. c., ferner bei Wolle und Getreide.

B. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 12 985 890, 12 336 015 und 13 206 474 in den beiden Vorjahren, daher gegen



1901 mehr 500 815, gegen 1900 weniger 330 644. 28 Zolltarifnummern ergaben eine höhere Ausfuhr als 1901, 19 eine höhere Ausfuhr als 1900. An der Zunahme gegen 1901 sind hervorragend beteiligt: Eisen und Eisenwaren (+ 431 275 = mehr als 1/3 der ganzen Zunahme), Steine (92 820), Materialwaren (+ 54 971). Größere Ausfälle gegen das Vorjahr brachten Kohlen (- 58 800), Getreide (- 27 529), einen geringeren Ausfall Instrumente und Maschinen (- 11 523).

**Deutscher Bankiertag in Frankfurt a. M.** Der Vorstand und Aufsichtsrat des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes haben beschlossen, im Herbst dieses Jahres (Ende September) einen „Allgemeinen deutschen Bankiertag“ zur Erörterung der schwebenden Fragen des Bank- und Börsewesens, insbesondere der Frage der Revision des Börsengesetzes einzuberufen.

**Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung.** Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Berlin vom 22. Juni gemeldet: Das Plenum des Oberverwaltungsgerichts entschied gestern übereinstimmend mit dem Reichsgericht, daß der durch Ausgabe neuer Aktien erzielte Agioertrag nicht steuerpflichtig ist. Bekanntlich hatte das Oberverwaltungsgericht gegenwärtig entschieden, weshalb der Finanzminister v. Rheinbaben im Abgeordnetenhaus erklärte, wenn eine Harmonie zwischen Reichsgericht und Oberverwaltungsgericht nicht eintrete, müsse die Sache gesetzlich geregelt werden.

**In den englischen Gegenstrich-Projekten** schreiben die „Hamb. Nachrichten“: Von bestunterrichteter Seite wird uns bestätigt, daß Sir Christopher Turner in Gemeinschaft mit dem Direktor der Elder Dempster Linie Sir Alfred Jonas den Versuch macht, einen Teil der Kosten, welche diese beiden großen Reedereien infolge der gegenwärtigen schlechten Frachtlage jedenfalls recht schwer empfinden, auf die Schulltern der englischen Nation abzuwälzen. Ein englisches Sprichwort sagt: „Man muß das Heu machen, während die Sonne scheint.“ Nach diesem Worte will nun jene Reederei, indem sie die nationale Erregung, welche in ganz England über den Verlust der besten und größten nordatlantischen Linien herrscht, benützen, um eine nach bisher genannten Summen geradezu ungeheuerliche Subvention einzufordern.

**Bagdadbahn-Phantasien.** In agrarischen Abhandlungen und Vorträgen ist seit dem vorigen Jahre wiederholt auf die drohende Gefahr der kleinasiatischen Weizenkonkurrenz hingewiesen worden, die durch den Bau der Bagdadbahn heraufbeschworen wird. Besonders die wissenschaftliche Zeitschrift des Agrarismus, Herr Professor G. Rühlmann, wußte gar Grauenhaftes von der ungeheuren Ausdehnung des babylonischen und syrischen Weizenbodens zu erzählen, der nach seiner Angabe 40 Millionen Hektar umfaßt. Wie weit diese Berechnung der Wirklichkeit entspricht, lehrt folgende Notiz der „Frankfurter Zeitung“:

In allen neueren Schriften, in denen in Deutschland für das Projekt der Bagdadbahn agitiert wird, findet sich die Bemerkung, daß der schwarze, anbauwürdige Alluvialboden Babyloniens, für den jetzt die Bezeichnung „Sawad“ gebräuchlich ist, etwa 24 Millionen Hektar umfaßt, so daß die Aufgabe, das einst von 120 000 Kanälen bewässerte alte Kulturland wieder extensiv zu machen, für das deutsche Kapital und den deutschen Unternehmungsgeist außerordentlich lohnend und lohnend sein müßte. Ein Schriftsteller übernimmt diese Angabe vertrauensvoll von dem andern, ohne sich der Mühe zu unterziehen, auf einer Karte einmal nachzusehen, ob sie auch stimmt. Das hat nun endlich der Göttinger Geograph Prof. Dr. Hermann Wagner gethan, der schon immer bemerkt war, geographischen „Seesphären“ den Garau zu machen, und das Ergebnis in einer gründlichen Abhandlung „Die Ueberschätzung der Anbaufläche Babyloniens und ihr Ursprung“ (in den Nachrichten der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen; philologisch-historische Klasse 1902, Heft 2) niedergelegt hat. Wagner verweist zunächst darauf, daß Babyloniens, soweit man auch den Begriff fassen möge, überhaupt nur 10 Millionen Hektar groß ist, daß in diesem Areal noch dazu gewaltige niemals zum Ackerbau geeignete Wälder und Gebirgsdörfer enthalten sind, daß also das anbauwürdige Land nicht 24 Millionen Hektar betragen kann. Wagner hat dann der Gebirgsfläche jener nicht ganz ungesicherten wirtschaftsgeographischen Seesphäre nachgeholfen und bezeugt ihr zuerst in der 1896 in Prommel und Pfaffs Vortragsammlung erschienenen Schrift „Babylonien, das reichste Land in der Vorzeit und das lohnendste Kolonisationsfeld für die Zukunft“ des verstorbenen Orientalisten A. Sprenger. Dieser gab das Alluvialland Babyloniens auf 24,5 Millionen Hektar an, schätzte die wiedergewinnbare Fläche auf 12 Millionen Hektar und den erreichbaren Bruttoertrag auf 2 Milliarden Mark. Im letzten Grunde jedoch ist der Urheber des Irrtums der arabische Schriftsteller Kôdama (gest. 1922). Dieser hatte nämlich das Areal Babyloniens einfach durch Multiplikation der größten Länge mit der größten Breite des Landes auf 33 Millionen Hektar berechnet, ein Drittel als nicht kulturfähig in Abzug gebracht und danach für den Sawad im 6. Jahrhundert n. Chr. eine Fläche von 22 Millionen Hektar herabzubekommen. Sprenger, der diese sonderbare Berechnungsmethode acceptierte, „verbesserte“ die Wälderflächen Kôdamas und gelangte zu den berücksichtigten 24,5 Millionen Hektar. Wie unangenehm das kulturfähige Land heute ist, läßt sich nicht genau sagen, da es an Aufnahmen fehlt; doch wäre es, meint Wagner, sicher nicht größer als 2-2 1/2 Millionen Hektar.

Daraus, daß der schwarze Alluvialboden Babyloniens nur 2-2 1/2 Millionen Hektar umfaßt, darf übrigens nicht geschlossen werden, daß das durch die Bagdadbahn zu erschließende Gebiet als Weizen-Anbauland nicht in Betracht kommt. Auch in Argentinien umfaßt die Weizenanbaufläche nur wenig über drei Millionen Hektar und doch spielt dessen Konkurrenz auf dem europäischen Weizenmarkt eine bedeutende Rolle. Dazu aber kommt, daß nach Angabe der Sachverständigen der babylonische, zum Weizenbau geeignete Boden eine ganz ungewöhnlich hohe Ertragsfähigkeit besitzt, und außerdem enthält auch die syrische Ebene vielfach vortrefflichen Boden.

**Die Klein-Einnahme des Stahlstrahls** wird für das am 30. Juni beendete Quartal auf über 88 Millionen Dollar geschätzt gegen 26 363 840 Dollar im Vorjahr, in welchem die Shelby-Tube Company noch nicht dem Trust angeschlossen war.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Lohnbewegung der Bauarbeiter.** In einer gestern Abend in Cohns Festsaal stattgefundenen Versammlung der Bauarbeiter wurde berichtet, daß bereits auf ca. 15 Bauten die neuen Forderungen bewilligt sind. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, heute, Dienstag, den 24. Juni, auf sämtlichen Bauten diese Forderung zu stellen und im Falle der Ablehnung die Arbeit niederzulegen. Gefordert werden: für gewöhnliche Bauarbeiter ein Minimal-Stundenlohn von 45 Pf., für die beim Wassertragen, Mischen, Kalkschlagen und bei Geboderrichtungen beschäftigten Arbeiter 50 Pf. und für Estrich- und Kalkträger 60 Pf. nebst den dazu gehörigen Nebenforderungen.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Lederarbeiter!** In den „Berliner Nachrichten“ sucht die Firma Agt u. Kühn, Königssee, 20 Weißgerber-Gesellen. Es befinden sich dort 34 Kollegen im Streik und werden alle Lederarbeiter ersucht, Arbeitsangebote dorthin nicht anzunehmen. Der Centralvorstand des Lederarbeiter-Verbandes.

**Die Maurer in Guben** haben, nachdem die wegen der gestellten Forderungen mit den Unternehmern geführten Unterhandlungen keinen Erfolg hatten, am Montag die Kündigung eingereicht.

**Die Situation der Auspöhrer in Hamburg** ist im allgemeinen unbedeutend. Den Arbeitswilligen, welche die Unternehmer heranzuziehen sich bemühen, werden Verträge zur Unterschrift vorgelegt, in denen der Arbeitswillige sich verpflichtet muß, zu den alten Bedingungen wenigstens drei Monate zu arbeiten.

Hört er vor Ablauf dieser Frist an oder beträgt er sich derartig, daß seine Entlassung erfolgen muß, so hat er das Reisegeld und die sonstigen Spesen, welche der Meister auslegte, um den Arbeitswilligen in seinen Dienst zu bringen, zurück zu erstatten.

Also selbst den so inbrünstig umworbene Arbeitswilligen gegenüber wissen die Baumeister ihren Vorteil zu wahren. Sie werden es schon so einzurichten wissen, daß sie in keinem Falle Reisegeld und Spesen aus ihrer Tasche berappen müssen.

**Ein für Gewerkschaften beachtenswertes Urteil** hat kürzlich das Landgericht Magdeburg gefällt. Die in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt bestehenden Zahlstellen des deutschen Holzarbeiterverbandes bilden einen Gau mit einem Vorstand von fünf Personen. Der Gauvorsitzende, Tischler Bahle in Magdeburg, wurde von der Polizei aufgefordert, die Statuten des Gauwesens einzureichen, und die Namen der Vorstandsmitglieder desselben anzugeben. Bahle antwortete, ein Statut habe der Gau nicht, und zur Erteilung der Auskunft halte er sich nicht für verpflichtet. Das Schöffengericht hatte deshalb auf eine Geldstrafe von 30 Mark erkannt, das Landgericht dagegen sprach Bahle frei. Es trat der Ansicht des Verteidigers bei, welcher ausführte, daß ein Verein, der kein Statut habe, nicht verpflichtet sei, ein solches zu errichten, um es der Polizei einreichen zu können. Uebrigens sei der Gau kein Verein, da er nicht aus physischen Personen bestehe, sondern aus einzelnen Vereinen, nämlich den Zahlstellen des Verbandes. Physische Personen können nur dem Verband, aber nicht dem Gau beitreten.

**Der Streik der Fensterputzer in Braunschweig** ist infolge von Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt und soll am 24. Juni die Arbeit wieder aufgenommen werden.

**Lohnbewegungen in Posen.** Der Streik der Maurer nimmt einen günstigen Verlauf. Bis Sonnabend hatten 24 Baugeschäfte die Forderungen anerkannt, so daß 200 Maurer zu den neuen Bedingungen arbeiten, ein großer Teil der Streikenden ist abgereist und anderweit in Arbeit getreten.

Die Bauarbeiter, die durch den Streik der Maurer arbeitslos wurden, beschloßen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis auch der von ihnen aufgestellte Lohnstarif von den Arbeitgebern bezahlet wird.

Die Zimmerer beschloßen, die Arbeit am Sonnabend, den 21. Juni, niederzulegen, da die Arbeitgeber den geforderten Einheitslohn von 45 Pf. nicht bewilligen wollen.

Die Konfektionsarbeiter stehen mit den Konfektionsfirmen in Unterhandlung wegen Einführung eines höheren und einheitlichen Lohnstarifs. Wenn die Verhandlungen nicht zu einem annehmbaren Resultat für die Schneider führen, wird am Montag, den 23. Juni, einmütig die Arbeit eingestellt werden.

**Der Stuttgarter Maurerstreik** wurde in der letzten Sitzung des dortigen Gemeinderats der Gelegenheit einer Interpellation besprochen. Von der arbeiterfreundlichen Haltung, die der Gemeinderat beim Straßenbahnerstreik eingenommen hat, war jedoch nichts mehr zu merken. Es fanden sich im Gemeinderat eifrige Verteidiger der Bauunternehmer, die den Kernpunkt und die eigentliche Ursache des gegenwärtigen Streiks: den schändlichen Wortbruch der Unternehmer, sorgsam verschwiegen. Für zu verteidigen würde auch dem ausgeprochensten Vertreter der Unternehmerinteressen schwer fallen. — Der Streik wird mit fester Entschlossenheit geführt, auch die Mitglieder des christlichen Bauhandwerker-Verbandes haben sich demselben angeschlossen.

### Ausland.

**Aus Wien,** vom 23. Juni, meldet das Depeschendebureau „Herold“: Eine gestern hier abgehaltene Versammlung von socialdemokratischen Angestellten im Handelsgewerbe nahm eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß die organisierte Gehilfenschaft eventuell nicht vor dem äußersten Mittel, dem Streik, zurücktreten werde, um die Behörden zur vollständigen Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu veranlassen. Nach der Versammlung verließen die Teilnehmer einen Straßenzug, wurden aber von einem starken Polizei-Aufgebot zerstreut.

**Die Auskündigen der Straßenbahn-Gesellschaft in Neapel** haben eingewilligt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Man versucht, die Direktion zu dem gleichen Zugeständnis zu bewegen.

**Bergarbeiter-Ausstand in Frankreich.** Wie der „Matin“ meldet, ist ein Teil der Bergleute des Kohlenbeckens in den Departements Nord und Pas de Calais in eine Auskündigenbewegung eingetreten, weil die Bergwerksgesellschaften erklärt haben, daß sie infolge des Rückganges der Kohlenpreise und der Vermehrung der Betriebskosten die für einige Jahre bewilligte Lohnerhöhung nicht aufrechterhalten können.

## Sociales.

**Die Kinderausbeutung zu Gunsten der notleidenden Landwirtschaft** wird nach der „Niederrheinischen Volkszeitung“ in Ostpreußen jetzt wieder in besonders hohem Maße betrieben. Die Kinder der Stadtschule in der Provinz, sowie der Landschulen, werden von den Besitzern mit Leiterwagen von der Schule abgeholt und auf das Feld gebracht, wo sie zum Verjäten und Bedecken der Judderrücken verwendet werden. Der Verdienst für diese durchaus nicht leichte Arbeit beträgt 20 bis 30 Pf. pro halben Tag. In den meisten Schulen ist der Nachmittagunterricht aufgehoben und die Kinder werden nur in den Vormittagsstunden unterrichtet. Von einem erfolgreichen Unterricht kann aber nicht die Rede sein. Die Kinder kommen erst bei Eintritt der Dunkelheit müde und abgepannt nach Hause und sind natürlich nicht in der Lage, Schularbeiten zu machen. Auch in den Schulstunden selbst herrscht keine große Verbegierde. In den Ortschaften rings um Garmen im Kreise Rastenburg, sollen an manchen Tagen bis zu 75 Proz. aller Schüler auf den Judderrückenfeldern arbeiten. Die Behörden sehen dieser Ausbeutung der Kinder ruhig zu. Der Landwirtthchaft zu Liebe können die Kinder ruhig im Vernein zurückbleiben. Der Schulvorstand hat aber nach einer neueren Entscheidung des Kammergerichts, die wir vor kurzem mitteilten, das Recht, ein Kind, wenn es im Unterricht zurückgeblieben ist, auch nach dem 14. Lebensjahr in der Schule festzuhalten.

**Die gewerbmäßige private Stellvermittlung** wurde in München, wie man uns von dort schreibt, durch zwei Beamte des städtischen Arbeitsamtes mit Unterstützung der Polizei zum zweiten Male eingehend untersucht. Die erste derartige Erhebung fand im Jahre 1896 statt. Für die zweite wurde der Februar und März dieses Jahres gewählt. Aus dem darüber veröffentlichten Bericht ist zu entnehmen, daß trotz des städtischen Arbeitsamtes leider noch immer die Höhen des Arbeitsmarktes ein äppiges Dasein führen. Den besten Ausschluß darüber giebt nachstehende kleine Tabelle:

	1896	1900	1901
angebotene Stellen	33 650	41 054	34 943
gesuchte	50 852	44 612	37 349
befetzte	17 602	20 788	17 936

Die Vermittlungsgebühren schwanken angeblich zwischen 1 M. und 50 M. bezw. 25 Proz. des ersten Monatslohnes bei männlichen und 1 M. und 30 M. bezw. 25 Proz. des ersten Monatslohnes bei weiblichen Personen; in Wirklichkeit werden jedoch in Form von Gratifikationen usw. noch weit höhere Vermittlungsgebühren bezahlt. In den meisten Bureaus wird außerdem noch eine Einschreibgebühr verlangt, die bis zu 5 Mark beträgt; in einigen Fällen verlangt man diese Gebühr von Arbeitsuchenden und Arbeitgebern. Der Bericht rechnet aus, daß im Jahre 1901 von den Arbeitsuchenden für die ca. 18 000 Stellenvermittlungen 108 000 Mark aufgewendet werden mußten. Das städtische Arbeitsamt in München verurteilte dagegen z. B. im Jahre 1899 (neunere Bifferen haben wir momentan nicht zur Hand) einen Gesamtaufwand von nur 21 490 Mark, wofür aber 40 295 Stellen vermittelt wurden.

Die Zahl der Vermittlungsbureaus hat sich von 99 im Jahre 1896 vermindert auf 74 im Jahre 1901. Davon haben 80 weniger

als 100 Stellen befeh, 25 hatten weniger als 100 Stellenangebote. Elf der Bureau-Inhaber treiben nebenbei noch das Geschäft eines Kommissionärs. Der Ehemann einer Vermittlerin — für 53 Bureaus besitzen die Frauen die Konzeption — ist wegen Betruges und Diebstahls bereits zweimal mit je sechs Monaten Gefängnis bestraft. Der Ehemann einer andern Vermittlerin ist in drei Fällen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr 3/4 Monaten, sowie 15 Jahren Ehrverlust verurteilt, der noch fortbesteht.

Angesichts dieses Ergebnisses einer amtlichen Erhebung kann nur immer wieder die Frage erhoben werden, wie lange man es wohl noch dulden wird, daß die Arbeitslosen durch solche Vampyre ausgefaugt werden.

## Das 100 jährige Jubiläum des ersten Fabrikgesetzes.

London, 21. Juni. (Fig. Ver.)

Es ist nun genau ein Jahrhundert verstrichen, seitdem das erste Arbeiterschutz-Gesetz vom englischen Parlament erlassen worden ist. Es war die Peel'sche Aktie vom Monat Juni 1802 für den Schutz der Gesundheit und der Moral von Lehrlingen und andern Arbeitern, die in den Baumwollfabriken und andern Fabriken beschäftigt sind. Dieses Gesetz, das die umfangreiche Arbeiterschutz-Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts einleitete, enthielt nur ganz elementare Vorschriften über Reinlichkeit und Lüftung der Arbeitsräume und bezog sich auf Baum- und Schafwollfabriken und auf männliche und weibliche Lehrlinge. Diese Lehrlinge waren Armenkinder, die von den Gemeinden an die Fabrikherren für einen längeren Zeitraum, gewöhnlich bis zum 21. Lebensjahre, als Sklaven verkauft wurden. Die Kinder arbeiteten in der Regel 12 Stunden, zuweilen 16 Stunden täglich. Es gab Tag- und Nachtarbeiten, so daß die Kinder von der Fabrik ins Bett und vom Bett in die Fabrik geführt wurden. Fluchtversuche wurden Ketten angelegt. Die Hauptursache der Einführung der Peel'schen Akte war die Furcht der besitzenden Klassen vor der Seuche, die durch die unsagbaren Missethate in den Textil-districten erzeugt wurde und die Kinder massenweise vergraste.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Die nächste Lokal-Liste** erscheint am Sonntag, den 6. Juli 1902. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Veränderungen und Reuenahmen bis spätestens Freitag, den 27. Juni 1902, einzusenden zu wollen: für „Telam-Beckow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Weich, Jahnstr. 2; für „Nieder-Barum“ an den Genossen Otto Kiebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Pöddam-Ost-Bavelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Tiberie Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Frankfurterstr. 82, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einfindungen umgehend zu besorgen, da spätere Einfindungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

**Nachträge** können in der Folge nicht mehr veröffentlicht werden. Vielfach ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt worden sind; wir teilen daher den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht. Die Lokal-Kommission.

**Wie beteiligen wir uns an der Landtagswahl?** Ueber diese Frage wird Genosse Dr. Krons in einer am heutigen Dienstag in den Arminshallen stattfindenden Versammlung des Wahlvereins für den ersten Kreis sprechen.

**Groß-Lichterfelde.** Mittwochabend 8 Uhr findet im Saale des Herrn Ernst Richter, Chausseestraße 104, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die Einführung eines Gewerbesteuer-Gesetzes in Groß-Lichterfelde. Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubeil.

**Schwargendorf.** Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein im Wirtshaus Schwargendorf, Wartenmückerstr. 6, eine Versammlung ab, zu der Gäste Zutritt haben. Tagesordnung: Gemeinde-Angelegenheiten.

**Nieder-Schönhausen.** Wahlverein Bezirk Parlow. Heute Abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Seltermann, Lindenstraße. Tagesordnung: Wie organisieren wir Nieder-Schönhausen?

## Gerichts-Zeitung.

**Wegen Vergehens gegen das Gesetz über den unläuteren Wettbewerb** war der verantwortliche Redacteur des „Inseratenteils“ des „Berliner Lokalanzeiger“, Herr Pinaf, angeklagt worden, weil er das Inserat einer Frau aufgenommen hatte, die angeblich mit beispiellosem Erfolge Frauenleiden heilt. Er sollte sich dadurch der Beihilfe zur Uebertretung der folgenden Bestimmung des § 4 des genannten Gesetzes schuldig gemacht haben: Mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, wer in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekanntmachungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, über gewerbliche Leistungen wissentlich unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben thätiglicher Art macht.“ Das Landgericht I als Verurteilungsbefugte hat Pinaf auf Grund der §§ 4 und 12 des Gesetzes über den unläuteren Wettbewerb in Verbindung mit § 20 des Reichs-Vertrages-Gesetzes. — P. legte Revision ein, das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit der Begründung, daß P. mit Recht auf Grund der angezogenen Gesetze verurteilt worden sei. Indessen wäre er nicht als Gehilfe, sondern als Thäter anzusehen. Das Inserat sei zur Irreführung des Publikums geeignet gewesen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg,** 23. Juni. (W. Z. V.) Bei Schichtarbeiten auf dem englischen Kohlendampfer „Congree“ brach die Ladepiste und stürzte mit dem Ladepfeiler unter die auf Deck arbeitenden Leute herab. Einer wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt.

**Leipzig,** 23. Juni. (W. Z. V.) Die hiesige Polizeidirektion hat auf Anordnung der Staatsanwaltschaft eine Anzahl polnischer Blätter, darunter „Stowo polskie“ und „Przedmiot“ wegen unehrerbietiger Äußerungen gegen den deutschen Kaiser beschlagnahmt.

**Paris,** 23. Juni. (W. Z. V.) Der Ausschuss der parlamentarischen Gruppe der an der Jandriindustrie interessierten Departements wurde heute vom Finanzminister Rouvier empfangen und trat bei ihm einverstanden darüber ein, daß die Bestimmungen über die Prüffelder Jandrikonvention von einer Vorlage betreffend Erhöhung der Jandristeuer begleitet werden, durch welche diese Steuer bis zu dem soeben von Deutschland und Belgien angenommenen Satze herabgesetzt werde. Der Finanzminister versprach, die Frage, deren Wichtigkeit für die französische Jandriindustrie er vollständig anerkenne, mit größtem Wohlwollen zu prüfen.

**Neapel,** 23. Juni. (W. Z. V.) In dem Auslande der Angestellten der Tranway-Gesellschaft ist ein Vergleich geschlossen worden. Die Auskündigen werden morgen ihren Dienst wieder aufnehmen.

**London,** 23. Juni. (W. Z. V.) Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Viderberg (Kapkolonie): Die Abteilung des Kommandanten Smuts und Teile anderer Kommandos, bestehend aus 132 Boeren aus Transvaal, 44 aus dem Freistaate und 451 Auskündigen aus der Kapkolonie, haben sich ergeben.



68. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 23. Juni. Unter den sechs Positionen des Abschnittes Wollstoffe, die heute noch verhandelt wurden, nahmen besonders die, welche die Wirt- (Zirkel) und Regstoffe betreffen, das größte Interesse in Anspruch. Wie bis jetzt bei den Zertifikaten die sachlichen und streng objektiven Kritiken und Vorlegungen seitens der Opposition, besonders aber der Socialdemokraten die Stellung der Zolltarif-Kommission bedrängten und das Zollsystem rücksichtslos bloßstellten zum Verger der Schutzgüter, das quitierten letztere durch die Stellung von unqualifizierbaren Schlussanträgen, mühten aber in einer erregten Geschäftsordnungs-Debatte die Erfahrung machen, daß die Opposition sich nicht strangulieren läßt.

Die Position 430, Gewebe, von mehr als 700 Gramm auf 1 Meter Gewebefläche 135 M.; von mehr als 200-700 Gramm 175 M.; von 200 Gramm oder weniger 220 M. — betrifft hauptsächlich Herrenkleiderstoffe, die durch den hohen Zoll verteuert werden. Deshalb beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit. Diesen Antrag begründen Reichhaus und Wandert, die hierbei die deutsche und englische Fäbrilation vergleichen, die deutsche Ausfuhr besonders feiner und Militärtuche nach englischen Kolonien, den bedeutenden Abfall der Konfektion nach England, die Belastung der deutschen Kleiderindustrie, sowie die widerwärtige Erziehung der Vertragsverhältnisse durch derartige Fälle hervorheben und die Abfrage widerlegen, als ob durch die Höhe der Hungertweber, dem Glend der Weber gesteuert werden könnte. Auch die Entwicklung und Konkurrenz Japans rechtfertigt die Höhe nicht. Wandert erklärt dabei die die Weber immer mehr an die Arbeit sparende Entwicklung der Technik, die heute schon dem Weber 2-3 Webstühle seiner Aufsicht zuweist. Diese Höhe forderten andre Staaten zu Repressalien gegen die deutsche Weberei heraus.

Ein Schlussantrag scheidet verschiedenen Rednern das Wort ab, von der freisinnigen Volkspartei kam überhaupt kein Redner zum Wort. Auf Vorhalt begründet Abg. Hahn den Schlussantrag damit, die Reden seien zu ausführlich, die Redner sollten sich kürzer fassen. Müller-Sagan, Brömel und Stadthagen weisen die Annahme Hahns entschieden zurück. Ein Antrag Wanderts, die Debatte wieder zu eröffnen, da eine Partei gar nicht zu Worte gekommen ist, wird nicht acceptiert. Müller-Gulda und Plankenhorn bedauern den Vorgang. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Position 431, Wirt- und Regstoffe — 100 M.; 432, Unterfleider, geschmitten, 100 M., abgepaßt gearbeitet, 140 M.; 433, andre — 140 M. Die Socialdemokraten beantragen für diese zur Beratung zusammengezogenen Positionen Zollfreiheit, die Wandert in längerer Rede begründet. Er fordert dabei Berücksichtigung der neuerdings hergestellten Sammelstoffe und gewirkter Plüsch, die mindestens besonders taxiert werden müßten. In der Abstimmung werden die Positionen unter Ablehnung der Zollfreiheit und eines socialdemokratischen Unterantrags, bei Nr. 432 den niedrigsten Zollfuß 100 statt 140 für beide Gruppen einzuführen, nach der Vorlage angenommen.

Danach wird folgende Resolution der Socialdemokraten beraten: Den Herrn Reichszolltarif-Kommissionen, einen Gesetzentwurf noch im Laufe der gegenwärtigen Session vorzulegen, durch den unter: a) in Straf-, Versorgungs- und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, andre gewerbliche Arbeiten als solche für den eignen Bedarf, für den Bedarf des Reichs, eines deutschen Staates oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktüblichen Preisen stattfinden zu lassen.

Stadthagen begründet die Resolution und weist auf die bereits seit Jahren mehrfach dem Reichstage unterbreiteten ähnlichen Anträge und Resolutionen hin, die im Plenum immer sympathische Aufnahme fanden. Gerade die von der sächsischen Regierung vorgenommene unvollständige Statistik über die Zuchtindustrie habe zu weiteren Vorgehen gegen die Zuchtindustrie gedrängt. Strick- und Wirkmaschinen würden immer zahlreicher in Gefängnissen etc. in Betrieb gesetzt. Die Konkurrenz der Zuchtindustrie sei für Arbeiter, Unternehmer und Kleinhandwerker gleich gefährlich, darum dränge seit 1869 der Reichstag auf deren Beseitigung, darum bitte er, Redner, um Annahme der Resolution.

Wandert legt dann noch einige der Schäden der Zuchtindustrie bloß bezüglich der Strickerei und Wirkerei, sowie der Cigarettenfabrikation, die jetzt gerade den Cigarettenarbeitern in Waldheim (Sachsen) schwere Nachteile bereite, da viele freie Arbeiter entlassen worden seien, während die Zuchtindustrie fordbauert. Förster-Sachsen stimmt der Resolution zu; Arendt hält dieselbe für überflüssig. (Etwas Widerspruch.) Hahn hält die Fassung des zweiten Teiles nicht für glücklich. Graf Kanitz stimmt dem Inhalt der Resolution zu, wünscht aber deren Zurückziehung, da sie nicht zum Zolltarif gehöre. Brömel hält die Resolution an rechter Stelle, sie sei keine bloße Demonstration, sondern eine praktische Forderung.

Die Resolution wird mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Position 434, Spitzenstoffe und Spitzen aller Art, Tüll usw., 250 M. Brömel beantragt 300 M.; die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Reichhaus begründet den Antrag. Die stark überwiegende Ausfuhr erbitte jeden Zollschutz, während die inländische Konfektion des Produktes benötige. Bei einzelnen Spitzen betrage die Preissteigerung beinahe 100 Proz., denn das Meter Spitze steige von 20 auf 50 Pf.

Wandert tritt ebenfalls für Zollfreiheit ein und dankt ironisch für die Ablehnung der Resolution, denn sie beweise, daß man die Interessen der durch die Zuchtindustrie geschädigten Arbeiter nicht berücksichtige, während man den Wünschen und Einflüsterungen der Großindustriellen Gehör schenke.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Zu Position 435, Posamentierwaren sowie Knopfmachertwaren 200 M., beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit; Brömel beantragt für Posamentierwaren 150 M., für Knopfmachertwaren 120 M. Müller-Gulda beantragt für Posamentierwaren „mit Perlen aller Art verarbeitet“ 300 M. Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Zu Abschnitt B liegen zwei Anmerkungen vor: 1. Stickerellen auf Grundstoff von Wolle werden wie solche auf baumwollenem Grundstoff verzollt; 2. Treibriemen, gewebt oder gewirkt, aus Wolle werden wie solche aus Baumwolle verzollt.

Dazu beantragen die Socialdemokraten folgende 3. Anmerkung zu den Positionen 431-433: Gemähte Waren aus Wollstoff werden nach den unter Nr. 431-433 eingefüllten Zollfüßen verzollt. Wandert begründet diese Anmerkung. Im zolltechnischen Verfahren müsse so vorgegangen werden, wenn man andre Staaten

von der Chile betreffender deutscher Ausfuhrartikel abhalten wolle. Geheimrat v. Henle erklärt, daß den Wünschen Wanderts bereits in einer Anmerkung des Tarifs Rechnung getragen sei und definiert jene Anmerkung. Wandert zieht, da diese Erklärung zu Protokoll gegeben wird, seine Anmerkung zurück. Darauf werden die Anmerkungen nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt C: Baumwolle. Position 436, Baumwolle, gefärbt, gekempelt, gekämmt, auch gemahlen — frei; gebleicht, auch gebleichte Abfälle von der Baumwollspinnerei — 4 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Müller-Gulda beantragt, die gebleichten Abfälle frei zu lassen. Stadthagen begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Regierungsrat Martin ist gegen Zollfreiheit, befragt aber eine Herabsetzung des Zolles auf 2 M. Grünberg tritt für Freilassung der Position ein im Interesse der sächsischen Gardinenweberei in Plauen, Delnig etc. Brömel tritt dem Regierungsrat entgegen; habe man Schießbaumwolle freigelassen, könne man den Stoff dazu nicht belasten. Spahn beantragt, den Zoll von 4 auf 1 M. herabzusetzen.

Zu Position 436 wird der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit angenommen. Geppinuste aus Baumwolle, Position 437, Vorgesponnt, ein- oder zweifach 10 M., drei- oder mehrfach, auch Dichte, nicht gewebt, nicht geflochten 20 M. Münch-Ferber beantragt Herabsetzung auf fünf respektive zehn Mark. Regierungsrat Martin erklärt, die Regierung könne sich zu einer etwaigen Herabsetzung des Zolles jetzt nicht definitiv entscheiden. Wandert und Grünberg treten dem Vorredner entgegen. In der Abstimmung wird der Antrag Münch-Ferber angenommen.

Zu den Nummern 438-442 stellt Brömel folgenden Antrag: den Herrn Reichszolltarif-Kommissionen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die einheitliche Handhabung der Erlaubniserteilung für den zollfreien Veredlungsverkehr durch entsprechende Vorschriften gesichert wird, dagegen die Anträge auf Einführung der Vergütung der Garnzölle bei der Ausfuhr solcher Waren, welche im Inlande aus zollpflichtigen Baumwollgarnen ohne amtliche Festhaltung der Identität hergestellt worden sind, abgelehnt werden. Brömel begründet den Antrag; Müller-Gulda beantragt die Zurückstellung dieses Antrages bis nach der Beratung der Pos. 443. Der letztere Antrag wird angenommen. Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress. Stuttgart, 20. Juni 1902.

Fünfter Verhandlungstag. Abendigung.

Es werden diejenigen Anträge verhandelt, die die Abgrenzung der einzelnen Organisationen betreffen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der auf dem Frankfurter Kongress beschlossenen Resolution Wuffe. Die Resolution Wuffe ermöglichte neben den großen Industrieverbänden Branchenorganisationen gegenüber einem Beschluß des Halberstädter Kongresses, der den Organisationen die Zusammenschließung zu Industrieverbänden empfahl.

Der Metallarbeiterverband beantragt die Aufhebung der Resolution Wuffe, wenigstens eine präzisere Fassung, während der Verband der Grabenreue beantragt, die Gewerkschafts-Organisationen zu verpflichten, diejenige sich zum Eintritt Meldeben, für welche eine Central-Vereinsorganisation besteht, abzulehnen und der zuständigen Centralorganisation zu überweisen. Das gleiche soll auch für die bisherigen Mitglieder gelten.

Im Laufe der Debatte werden noch verschiedene Anträge zu diesem Punkt gestellt. Legten teilt mit, daß 30 Delegierte sich zum Wort gemeldet haben, ohne daß eine Verständigung durch die Debatte überhaupt möglich sei. Er könne nur sagen, was er bei jeder Erörterung der Frage gesagt habe, es müsse mehr Toleranz geübt werden. Nach der jahrelangen Erfahrung sage er, daß die Diskussion nicht zum Ziele führen könne. Die Nacht hindurch könne nicht gelacht werden. Er meinte, die beste Toleranz werde geübt, wenn nicht mehr länger diskutiert werde, sondern durch Abstimmung ein Resultat zu ermitteln versucht werde.

Vieh-Hamoder wendet sich gegen sofortigen Schluß der Diskussion, ebenso Eichhorn-Sarkischa. Brücker-Verein beantragt, über alle die betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Nachdem Wömelburg noch einmal, um jede Nichtstimmung zu vermeiden, erklärt hat, daß die Resolution Wuffe nur den unlauteren Wettbewerb treffen wolle, aber nicht sagen wolle, daß jede Branchenorganisation gegenüber den Industrieverbänden unverfüglbar sei (Weisfall), kommt noch der Streitfall zwischen den Glasarbeitern und der „Polzarbeiter-Zeitung“ zur Besprechung.

Nach Anhörung von Stibig-Siralou und Röcke erklärte der Kongress die Angelegenheit für erledigt. Erst gegen halb elf Uhr war die Abendigung zu Ende.

Stuttgart, 21. Juni 1902. Sechster Verhandlungstag. Vormittags-sitzung.

In der heutigen von Wömelburg-Hamburg eröffneten und geleiteten Sitzung wird zunächst das von der Redaktionskommission ausgearbeitete Regulativ über die Zusammenziehung der allgemeinen Gewerkschaftskongresse, die Zusammenziehung der Generalcommission, ihre Aufgaben und den zur Unterstützung der Generalcommission bestehenden Gewerkschaftsausschuss von Bringmann-Hamburg erläutert. — Die hauptsächlichsten Bestimmungen seien hier wiedergegeben:

Die allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse treten nach Bedürfnis, mindestens jedoch alle drei Jahre einmal zusammen. In der Teilnahme an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongressen sind sämtliche Centralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verbunden sind, sich central zu organisieren. Unter „sämtliche Centralorganisationen“ sind alle central organisierten Gewerkschaften zu verstehen, welche an dem vorausgegangenen Gewerkschaftskongress teilgenommen oder sich später der Generalcommission angeschlossen haben. Berechtigte Lokalorganisationen sind solche gewerkschaftliche Vereinigungen, für welche ein Centralverband nicht besteht. Entstehen Zweifel, ob eine sich zum Anschluß meldende Gewerkschaft zum Beitritt berechtigt ist, so entscheidet der Gewerkschaftsausschuss. Dieser hat bei seinen Entscheidungen jedoch zu berücksichtigen, daß sich nur solche gewerkschaftliche Vereinigungen der Generalcommission anschließen können, die keine Konkurrenzorganisation einer schon angeschlossenen Gewerkschaft bilden.

Jede Gewerkschaft hat vierteljährlich an die Generalcommission einen Beitrag von 4 Pf. pro Kopf ihrer Mitglieder zu zahlen. Der Gewerkschaftskongress wählt die aus sieben Mitgliedern bestehende Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Aufgaben der Generalcommission sind: Die gewerkschaftliche Agitation zu fördern und den Zusammen-schluß kleiner, existenzunfähiger Verbände und Lokalorganisationen zu leistungsfähigen Centralverbänden anzustreben, die gewerkschaftliche Statistik zu pflegen, ein Blatt herauszugeben, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften zu geben hat usw.

Zur Unterstützung der Generalcommission wird von den Centralvorständen der Gewerkschaften, welche regelmäßig Beiträge an die Generalcommission zahlen, und den dazu berechtigten Lokalorganisationen je ein Vertreter ernannt. Diese Störperschaft führt den Namen Gewerkschaftsausschuss.

Das Regulativ wird ohne Debatte gegen 3 Stimmen angenommen.

Ueber den nächsten Punkt: Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation referiert

Legten: Die Frage der Gewerkschaftskartelle ist gegen die Meinung der Mehrheit der Generalcommission auf Wunsch des Gewerkschaftsausschusses auf die Tagesordnung gekommen. Ich empfehle Ihnen, die Frage der Kartelle bis zum nächsten Kongress ruhen zu lassen. Es sind eine Menge Anträge zur Kartellfrage gestellt worden. Rundweg abzuweisen sind die Anträge, welche den Kartellen eine besondere Organisation geben wollen, um ihnen eine Vertretung auf dem Kongress einzuräumen. Unter den hier anwesenden Delegierten sind 37 Proz. Mitglieder der örtlichen Kartelle. Am besten ist es, bei den 1869 gefassten Beschlüssen stehen zu bleiben und vorläufig die Frage zu vertagen.

Und der lebhaftesten Diskussion ist hervorzuhoben, daß Reghäuser-Leipzig den Antrag vertritt, daß in den Kartellen nur diejenigen Organisationen zugelassen werden sollen, welche von der Generalcommission anerkannt werden. Er verweist auf die Verhältnisse im Leipziger Kartell, das die 102 Mann starke Centralorganisation der Gewerkschaft der Buchdrucker anerkennt, aber den Verband ausgeschlossen habe. So lange die „Gewerkschaft“ im Leipziger Kartell zugelassen sei, lehnten die Buchdrucker jede Beteiligung ab. Das schlimme sei, daß das Leipziger Kartell Schule mache. Ein Paar ebenso komplett verordnete Kartelle (Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck) schlossen sich den Beschlüssen des Leipziger Kartells an.

Es wird schließlich beschlossen, die Frage der Kartelle auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Anßerdem stimmt die Mehrheit dem Antrag der Buchdrucker zu, daß in den Gewerkschaftskartellen nur Organisationen vertreten sein können, die von der Generalcommission anerkannt sind.

Hierauf wurden die Mitglieder der Generalcommission gewählt. Das Resultat haben wir bereits in der Sonntagsnummer mitgeteilt.

Für die Kommission, welche die Frage der Schaffung eines Unterstützungsfonds für die Gewerkschaftsbeamten

unterstützungsfonds für die Gewerkschaftsbeamten vorzubereiten hatte, schlägt Wömelburg-Hamburg eine Resolution des Inhalts vor, daß die Frage einer Versicherungskasse für die Beamten der Gewerkschaften für Witwen und Waisen zu prüfen, principiell bejaht werde. Die Kommission empfiehlt aber dem Kongress, keine besondere Versicherungskasse zu schaffen, sondern die Generalcommission zu beauftragen, mit dem Verein „Arbeiterpresse“ nach der Richtung in Verbindung zu treten, daß ein Anschluß der Gewerkschaftsbeamten an die Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse“ gefunden wird. Voraussetzung ist, daß die Leitung der Gewerkschaften einen der Zahl der versicherten Mitglieder entsprechenden Anteil an der Verwaltung erhält und daß die Unterstützungskasse völlig getrennt von den übrigen Zielen des Vereins „Arbeiterpresse“ verwaltet wird. Die in der Kommission anwesenden Vorstandsmitglieder des Vereins „Arbeiterpresse“ haben die Erklärung abgegeben, daß eine Erfüllung dieser Voraussetzungen sicher in Aussicht genommen werden könne. Der Anschluß empfehle sich schon aus finanziellen Gründen. Wenn zu den 220 Mitgliedern des Vereins „Arbeiterpresse“ über 450 Gewerkschaftsbeamte hinzutreten, so würden für die etwa 800 Mitglieder der neuen Klasse gute finanzielle Grundlagen geschaffen. Eine Bedingung empfehle die Kommission noch zu stellen. Die Verhandlungen mit dem Verein „Arbeiterpresse“ sollen bis spätestens 1. September abgeschlossen sein. Sollte das nicht gelingen, so sei die Generalcommission ohne weiteres zu beauftragen, eine selbständige Unterstützungskasse zu schaffen. Den Vorständen der Centralverbände soll es zur Pflicht gemacht werden, die Hälfte der notwendigen Beiträge für ihre Beamten zu bezahlen. Was die Höhe der Beiträge und der Unterstellungen anlangt, so hat man sich an das Statut des Vereins „Arbeiterpresse“ anzuschließen.

Nachmittags-sitzung.

Referent Umbreit-Hamburg verbreitet sich in längerer Ausführungen über die Notwendigkeit und sociale Bedeutung einer Unterstützungskasse. Von der Möglichkeit einer Verbindung mit der Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse“ ist er nicht so überzeugt wie der Referent der Kommission. Jedenfalls müssen sich die Gewerkschaften auf die selbständige Schaffung einer Klasse vorbereiten.

Wömelburg sagt erklärend hinzu, daß es sich um eine durchaus freiwillige Versicherung handle. Der Beitritt stehe jeder Gewerkschaft und jedem einzelnen Gewerkschaftsbeamten frei.

Die Vorschläge der Kommission werden mit großer Majorität genehmigt.

Reghäuser-Leipzig nennt nachträglich den Entwurf unannehmbar; würden die Grundlagen nicht verändert, so werde die Sache im Sande verlaufen.

Verhandelt wird hierauf über einen Antrag des Bergarbeiter-Verbandes, die Generalcommission zu beauftragen, eine Umfrage über staatliche oder private Pensionsanstalten zu veranstalten, die Leistungen und Gegenleistungen zu prüfen und das Material zu veröffentlichen. Dem deutschen Reichstage soll das Material mit dem Einkünfte übermitteln werden, die bei den Pensionsanstalten vorhandenen Ueberschüsse durch gesetzliche Maßnahmen zu beschaffen.

Inbesondere sollen solche Klassen durch Gesetzbestimmung gehalten sein, allen aus dem betreffenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Mitgliedern ihre eingezahlten Ratenbeiträge auf ihren Wunsch zurückzuerhalten. Bezüglich dieser Mitglieder auf die Rückzahlung ihrer Beiträge, so behalten sie die bis zum Austritt erworbenen Rechte an die Klasse, so daß sie bei später eintretender Erwerbsunfähigkeit Pension oder, im Falle des Ablebens, die Hinterbliebenen die ihnen zustehende Rente erhalten.

Ferner soll es auch allen aus dem die Klassenmitgliedschaft bedingenden Arbeitsverhältnis ausscheidenden Pensionsklassen-Mitgliedern freistehen, Mitglieder der betreffenden Pensionsklasse zu bleiben, unter Fortzahlung der Beiträge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge. Im letzteren Falle ist dann auch die zu gewährenden Pension den Beitragsjahren entsprechend zu steigern. Schließlich soll auch bei solchen Klassen zu den Wahlen aller Klassenvertreter das geheime, direkte, gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Klassenmitglieder, einschließlich der freiwillig fortzuerwerbenden Mitglieder, gesetzlich eingeführt werden. Der Kongress überweist diesen Antrag ohne Diskussion der Generalcommission zur Berücksichtigung. Ebenso wird ohne Diskussion einstimmig der Antrag des Vorstandes des Buchdruckerverbandes angenommen: Der Kongress soll erklären, daß er, abgesehen von andern dringend erforderlichen Änderungen der Gewerbe-Ordnung, eine Revision des § 134b für notwendig hält, und zwar ist in diesen Paragraphen: 1. die Bestimmung aufzunehmen, daß in Verufen, wo



beiderseitig ausgearbeitete Lohnsätze bestehen, bei der Art der Lohnberechnung dieselben zu Grunde zu legen sind; 2. daß bei Verwendung der Strafgebelde den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zusteht."

**Der Verband der Gastwirtsgehilfen beantragt:**

Der Gewerkschafts-Kongress wolle die folgende, von der Generalversammlung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen angenommene Resolution als richtig und die gestellten Forderungen als berechtigt anerkennen:

Da in letzter Zeit die Klagen der Angestellten, welche in den Gewerkschaftshäusern beschäftigt sind, soweit sie dem Gastwirtsgebetwe angehören, sich ständig wiederholen, so erachtet es der Verband für seine Pflicht, sich insbesondere dieser organisierten Gehilfen anzunehmen. Der Verband sieht sich deshalb veranlaßt, eine Enquete über die Arbeits- und Lohnverhältnisse dieser Angestellten vorzunehmen, um auf Grund derselben diese Verhältnisse zu verbessern.

Da die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung errichteten Gewerkschaftshäuser den Forderungen unserer Organisation bisher fast gar keine Rechnung getragen haben, so sieht sich der Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen nochmals veranlaßt, die minimalen Forderungen des Ersten Allgemeinen Kongresses der Gastwirtsgehilfen Deutschlands geltend zu machen.

Diesem Antrag zufolge wird die Generalkommission beauftragt, zu untersuchen, wie die Arbeitsbedingungen für Kellner in den Gewerkschaftshäusern sind.

Regien-Hamburg berichtet noch über die Beitragsrückstände einiger Organisationen und beantragt, diesen die rückständigen Beiträge bzw. die erhaltenen Darlehen zu erlassen, mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der fraglichen Gewerkschaften.

Der Kongress beschließt demgemäß.

Zu den **Gehaltsverhältnissen der Gewerkschaftsbeamten** empfiehlt namentlich der Generalkommission Regien-Hamburg dem Kongress folgende Anregung:

Der Gewerkschafts-Kongress empfiehlt den Gewerkschaften, als Norm für die Entschädigung der Gewerkschaftsbeamten und Redactoren festzusetzen: Das Anfangsgehalt beträgt 2000 M. pro Jahr und steigt in den ersten fünf Jahren um 100 M. jährlich, in den folgenden Jahren um 50 M. jährlich bis zum Höchstbetrage von 3000 M.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Das Schlußwort nimmt **Bömelburg-Hamburg**: Er spricht dem Stuttgarter Vorkomitee den Dank des Kongresses aus; die Delegierten werden Stuttgart nicht so bald vergessen. Die Erledigung der Geschäfte des Kongresses habe gezeigt, daß der Arbeiter immer mehr fähig werde, seine Interessen selbst zu vertreten. Auch haben wir dieses Mal nicht Gelegenheit gehabt, herbe Worte über Kosadowsky zu sprechen. Er hat einen Vertreter geschickt; ihn zu begrüßen, war die schwerste Aufgabe. Die Herren sind uns auch künftig willkommen, nur mögen sie von Anfang bis zu Ende da sein, damit sie alles hören. Auch sonst könnten sie uns mehr hören; so würde es auf dem Gebiet der Sozialpolitik anders werden. Und hat es nicht geschadet, daß die Regierungsvertreter hier waren. Wir sind dieselben geblieben. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie sind eins. Gegen den Jostaris haben wir eine Resolution beschlossen. Abrechnen werden wir das nächste Jahr. Die deutschen Gewerkschaften werden der Regierung gegenüber sich nach wie vor auf den Standpunkt stellen: Nieder mit dieser Vorlage!

Wir gehen jetzt auseinander in dem festen Bewußtsein, Tätiges und Gutes für die deutsche Arbeiterbewegung geleistet zu haben. Wenn wir in drei Jahren wieder zusammentreffen, muß unsere Position noch stärker geworden sein. Für uns giebt es keinen Frieden, nur Kampf. Ein dreifaches Hoch der Arbeiterbewegung und der internationalen Solidarität!

Der Kongress ist geschlossen.

Genosse **Mattutat-Stuttgart** ersucht uns um Aufnahme der folgenden Mitteilung:

In dem Bericht über den 4. deutschen Gewerkschaftskongress in Nr. 141 des "Vorwärts" lassen Sie mich ausführen: "Zum Beispiel das Nürnberg-Verfahren hat sich zu große Aufgaben gestellt, wie Erhebungen über Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen."

Das ist nicht ganz richtig und kann zu Mißverständnissen führen. Ich sagte lediglich, daß die von dem Arbeitersekretariat Nürnberg als Programm aufgestellten Aufgaben, welche auch von anderen Sekretariaten übernommen wurden, meist nicht durchgeführt werden konnten und man gezwungen gewesen sei, die Sekretariats-tätigkeit im wesentlichen auf die Anlaufstärkung und Rechtsvertretung der Arbeiter zu beschränken. Im Gegensatz hierzu hat das Arbeitersekretariat Nürnberg — unterstützt durch günstige finanzielle Verhältnisse — an seinem Programm festgehalten.

Die Streiks im Jahre 1901.

In Nr. 24 des "Korrespondenzblatt" veröffentlicht die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands die Ergebnisse ihrer Streikstatistik für 1901. Einige Wochen früher wie im vorigen Jahre, und noch vor der Bekanntgabe der amtlichen Streikstatistik konnte die Generalkommission in diesem Jahre ihre nach den verschiedenen Richtungen hin gründlich durchgearbeitete Statistik der Öffentlichkeit übergeben. Die Ergebnisse der Erhebungen sind zusammengefaßt in zwölf Tabellen, deren Studium allen Interessenten angelegentlich empfohlen werden kann. Wir müssen uns auf die Wiedergabe einiger der wesentlichsten Punkte beschränken.

Es sind im Jahre 1901 insgesamt 727 Streiks mit 48 522 Beteiligten, 3283 Wochen Dauer und 2 515 888 M. Streiklosten zu verzeichnen. Rechnen wir die 68 Streiks mit 444 Beteiligten hinzu, über die nur summarische, für die Statistik nicht verwendbare Angaben vorliegen, so sind nach den Angaben der Gewerkschaften im letzten Jahre 795 Streiks mit 48 966 Beteiligten geführt worden. Im Jahre 1900 waren unter Hinzurechnung der Streiks, für welche die näheren Angaben fehlten, 934 Streiks mit 118 214 Beteiligten zu verzeichnen. Demgegenüber blieb im letzten Jahre die Zahl der Streiks um 139, die Zahl der Beteiligten um 67 248 zurück.

Von den Streiks waren 267 = 33,6 Proz. erfolgreich, 171 = 21,5 Proz. teilweise erfolgreich und 297 = 37,9 Proz. erfolglos, während bei 80 Streiks der Ausgang nicht bekannt war und 18 Streiks am 1. Januar 1902 nicht beendet waren. Das Jahr 1900 wies 44,1 Proz. erfolgreiche, 25,3 Proz. teilweise erfolgreiche und 25,5 Proz. erfolglose Streiks auf. Der Ausgang der Streiks hat sich mithin wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter verschoben, eine Erscheinung, die als Folge der ungünstigen Wirtschaftslage anzusehen ist. Aber auch in der Art der Streiks kommt die ungünstige Geschäftslage klar zur Erscheinung. Von den Streiks waren 291 = 40 Proz. Angriffstreiks und 436 = 60 Proz. Abwehrstreiks. Im Jahre 1900 war das Prozentverhältnis genau umgekehrt, obgleich auch schon in diesem Jahre der wirtschaftliche Niedergang sich deutlich sichtbar machte. Die höchste Zahl der Angriffstreiks fällt also nicht mit dem Höhepunkt der Wirtschaftslage zusammen.

Den größten Anteil an der Streikbewegung im Jahre 1901 hatten die Maurer mit 158 Streiks und 9273 Beteiligten. Der Zahl der Streiks nach folgen dann die Holzarbeiter mit 84, die Metallarbeiter mit 70 und die Zimmerer mit 66; der Zahl der Beteiligten nach aber die Glasarbeiter mit 4177, Textilarbeiter mit 3845, Fabrikarbeiter mit 2989, Metallarbeiter mit 2906, Schneider mit 2490, Holzarbeiter mit 2390 und Paster mit 2210. In den übrigen Gewerben betrug die Zahl der Streikenden unter 2000.

Der Verlust an Arbeitszeit infolge der 681 Streiks mit 44 392 Beteiligten insgesamt mit 1 276 122 Tagen festgesetzt worden. Davon entfielen 605 221 Tage auf Angriffstreiks und 670 901 Tage auf Abwehrstreiks. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den Angriffstreiks für 19 521 Streikende 2 083 802 M. und bei den Abwehrstreiks für 19 389 Streikende 1 607 280 M.

Die Mehrzahl der Streiks im Jahre 1901 wurde zur Abwehr von Lohnreduzierungen geführt und zwar in 26 Berufen 213 Streiks mit 8583 Beteiligten. Erfolgreich waren von diesen Streiks 80 = 37,6 Proz. Es hatten vollen Erfolg 220, teilweisen Erfolg 2283 der Beteiligten. Im Lohnerböschung wurden in 28 Berufen 127 Streiks mit 11 823 Beteiligten, wovon 4127 vollen und 3705 teilweisen Erfolg erzielten, durchgeführt. Von diesen Streiks waren 55 = 43,3 Proz. erfolgreich. In 25 Berufen wurde in 108 Fällen mit 6316 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerböschung gestreift. Hierbei hatten 1815 Beteiligte vollen und 3180 teilweisen Erfolg. 37 dieser Streiks = 34,8 Proz. waren erfolgreich. 95 Streiks mit 6901 Beteiligten entfielen infolge verschiedener Forderungen und Ursachen und 60 Streiks mit 2813 Beteiligten wegen Maßregelung. Bei den ersten hatten 898 Beteiligte vollen und 598 teilweisen Erfolg. 35 Ausperrungen mit 8460 Beteiligten waren zu verzeichnen, von denen 25,7 Proz. zu Gunsten der Arbeiter endeten. 2956 der dabei Beteiligten hatten vollen, 4185 teilweisen Erfolg. Ferner wurde in 21 Fällen mit 764 Beteiligten wegen Nichtinhaltung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen, in 10 Fällen von 1235 Personen zur Abwehr einer Verlängerung der Arbeitszeit, in 15 Fällen von 299 Beteiligten um Verrückung miltärischer Personen, in 5 Fällen von 1230 Personen wegen Austritts aus der Organisation, in 7 Fällen von 168 Personen wegen schlechter Behandlung, in 6 Fällen mit 275 Beteiligten wegen der Fabrikordnung und in 5 Fällen von 188 Personen um Verkürzung der Arbeitszeit gestreift. In einem Falle streikten 27 Personen um Durchführung der Arbeitersicherung-Vestimmungen (Sonntagsruhe).

Die wegen Maßregelung und Austritt aus der Organisation gestreikten Streiks weisen in den letzten beiden Jahren einen geringeren Erfolg auf, als die meisten aus anderen Gründen erfolgten Arbeitseinstellungen.

Rechnen wir die verschiedenen Arten der Streiks nach dem Prozentfuß des Erfolges, so ergibt sich nachstehende Reihenfolge:

Ursache des Streiks	Erfolgreich in Prozenten	1901	1900
Einführung einer Fabrikordnung	...	83,3	...
Verkürzung der Arbeitszeit	...	60,0	68,7
Schlechte Behandlung der Arbeiter	...	57,1	16,6
Verteilung miltärischer Personen	...	53,3	40,0
Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	...	47,7	44,4
Verlängerung der Arbeitszeit	...	47,3	63,6
Lohnerböschung	...	43,3	46,6
Lohnreduzierung	...	37,6	46,0
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerböschung	...	34,3	43,3
Maßregelung	...	33,3	37,2
Ausperrungen	...	25,7	34,8
Austritt aus der Organisation	...	6,7	20,0

Es sind dann noch bei den Angriffstreiks von 1901 17,2 Proz. wegen verschiedener Ursachen entstandener Arbeitseinstellungen erfolgreich gewesen, wogegen es 1900 deren 51,4 Proz. waren. Das ungünstige Ergebnis im Jahre 1901 liegt an dem Verlorengelben des Generalstreiks der Glasarbeiter, der in der Statistik nicht als ein Streik, sondern in 21 Einzelstreiks angeführt ist.

Die Angaben über die Zahl der Betriebe, auf welche die Streiks sich erstreckten, sowie über die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter sind zwar noch nicht vollständig, jedoch für 1901 schon wesentlich vollständiger, als sie es für 1900 waren. Insgesamt wurden nach den vorliegenden Angaben 4000 Betriebe mit 53 791 männlichen und 4046 weiblichen Arbeitern betroffen.

Von den 45 190 männlichen Streikenden waren 35 098 organisiert und waren davon 25 233 seit mindestens sechs Monaten vor Beginn des Streiks Mitglieder der Organisation. Von den 3326 weiblichen Streikenden waren 1151, davon 542 seit mindestens sechs Monaten vor Beginn des Streiks organisiert.

Daß die Unternehmer keinesfalls außer Stande sind, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, dürfte daraus hervorgehen, daß vielfach schon Arbeiter des gleichen Berufs am Streikorte die Arbeitsbedingungen haben, welche ihre Berufscollegen erst durch einen Streik erkämpfen müssen, andererseits aber auch daraus, daß oft von einzelnen Unternehmern die gestellten Forderungen bewilligt werden, ohne daß die Einstellung der Arbeit erforderlich wird. Die von den Gewerkschaften für die Angriffstreiks im Jahre 1901 gemachten Feststellungen ergeben, daß von den an den Streikorten befindlichen in Frage kommenden 6482 Betrieben mit 29 307 Arbeitern für 693 Betriebe mit 4115 Arbeitern die gestellten Forderungen ohne Streik bewilligt wurden, während 1394 Arbeiter die geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen schon hatten, ehe sie von ihren Berufscollegen gefordert wurden. Vorwiegend zu bewilligende Forderungen dürften die Unternehmer wohl niemals von den Arbeitern gestellt werden. Aber daß diese überhaupt mit Forderungen kommen, das ist es, was die Mehrheit der Unternehmer nicht gelten lassen will.

Die Arbeiter haben im letzten Jahre in 679 Fällen versucht, eine Einigung zu erzielen, ehe sie zum Streik griffen, und 841mal infolge der verschiedenen Streiks versucht worden, den Kampf durch eine Verständigung beizulegen. Diese Versuche wurden aber 326mal rundweg von den Unternehmern abgewiesen.

Von den Streiks, welche schließlich durch einen Vergleich beigelegt wurden, endeten 808 durch Verständigung zwischen den direkt Beteiligten. In 126 Fällen erfolgte der Vergleich durch Vermittlung des Vorstandes oder der Lokalverwaltung der Organisation am Streikorte, in 33 Fällen vor dem Gewerbeamt und in 15 Fällen durch Vermittlung dritter Personen.

Aus den Ergebnissen der Streikstatistik ist sodann noch von Interesse die Aufbringung der finanziellen Mittel für die Streiks. Von der Gesamtausgabe von 2 515 888 M. wurden den Klassen der an den Streiks beteiligten Organisationen 1 734 491 M. entnommen. 370 088 M. kamen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder, 85 368 M. durch Sammlungen und 238 779 M. durch Beiträge anderer Gewerkschaften ein. Aus dem Auslande wurden zur Unterstützung der Streiks 103 306 M. gesandt. Davon entfielen 99 029 M. auf die Glasarbeiter, 2038 M. auf die Kupfergießer und 1469 M. auf die Labararbeiter. In den anderen Gewerben war die Inanspruchnahme der Hilfe des Auslandes nicht erforderlich.

Das Ergebnis des Kampfes im Jahre 1901 — so schließt der Bearbeiter der Statistik Genosse Regien seine Betrachtung derselben — ist, soweit der Erfolg der Streiks in Frage kommt, kein für die Arbeiter besonders günstiges gewesen. Bei der Mehrzahl der geführten Kämpfe in der Abwehr handelte, mußten die Arbeiter wiederum erkennen, daß in der Periode ungünstiger Wirtschaftslage der Unternehmer sich oft als härterer Teil erweist. So wenig aber ein Rückgang in den Gewerkschaften während der Zeit der Krise den Beweis liefert, daß die Organisationen in solchen Perioden an Widerstandskraft einbüßen, so wenig ist das Unterliegen der Arbeiter bei einer größeren Zahl Streiks während der ungünstigen Konjunktur ein Beweis dafür, daß in solchen Perioden die Arbeiter nicht widerstandsfähig sind. Gewiß, es soll in der Zeit der Krise genau erwogen werden, ob es ratsam ist, um gestellte Forderungen zu streifen oder den Versuch der Unternehmung, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, durch einen Streik abzuwehren. Aber willenlos alles hinnehmen, was die Unternehmer in solchen Zeiten den Arbeitern bieten, dazu kann niemand, der die Rechte der Arbeiter gewahrt wissen will, raten. Starke Organisationen werden auch während der Krise die Angriffe erfolgreich abzuwehren vermögen.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Arbeiterinnen Schönebergs!** Am 26. Juni findet bei O b f t, Reinigungsstr. 8, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Reichstags-Abg. Ledebour einen Vortrag halten wird über das Thema: "Was für ein Interesse hat eine Arbeiterfamilie am Judergesetz?" Diese Frage interessiert namentlich die

Frauen des Proletariats; es ist deswegen nicht nur notwendig, daß die Genossinnen selbst in der Versammlung möglichst vollständig erscheinen, sondern es ist auch ihre Aufgabe, eifrig für den Besuch der Versammlung zu agitieren und die Sämigen heranzuführen. Die Vertrauensperson.

**Versammlungen.**

Eine sehr stark besuchte **Steinarbeiter- und Bildhauer-Versammlung** tagte am 18. d. M. im Englischen Garten. Ueber die Vergebung der Steinmetzarbeiten am Rathausbau berichtete die Kommission, die beim Stadtbaurat vorstellig geworden ist. Der Vertreter des Baurats Hoffmann habe erklärt, die Steinmetzarbeiten zum Rathausneubau würden aus Mischkalk, der im bayrischen Pfalzgebiet gewonnen wird, ausgeführt und größtenteils auch dort fertiggestellt. Die Arbeitervertreter wiesen auf die große Arbeitslosigkeit hin, die bei den Steinarbeitern und Steinbildhauern herrscht, es sei doch deshalb Pflicht der Kommune, dafür Sorge zu tragen, daß ein gewisser Teil dieser Arbeiten hier ausgeführt werde. Der Stadtbauratvertreter habe erklärt, wenn ausgeführt würde, daß ein Teil der Arbeiten in Berlin angefertigt werden müsse, so würden sich schwerlich Submittenten finden, denn die Löhne seien in Berlin sehr hoch. Der Kommission war es nicht schwer, diese Ausführungen sachlich zu widerlegen. Die Versammlung war von diesem Bescheide nicht befriedigt. Eine Petition, die über fragliche Angelegenheiten am 13. Dezember 1901 an den Magistrat abging, ist bis heute noch nicht beantwortet. Sämtliche Disziplinardredner gefielten es sehr, daß die Berliner Steinarbeiter nicht verächtlich werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung der Steinarbeiter und Steinbildhauer hält die im Dezember vorigen Jahres an den Magistrat von Berlin abgegebene Petition aufrecht und beauftragt die Vertrauensleute der Steinarbeiter und Steinbildhauer, sich nochmals an den Magistrat von Berlin zu wenden, um eine Antwort zu erhalten.

Eine **Versammlung von städtischen Arbeitern der Steinplage** fand am Sonntagvormittag statt. Schubert verwies besonders auf die in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung stehenden Anträge der sozialdemokratischen Fraktion in Bezug des Sommerurlaubs der Arbeiter. Lebhaften Hinweis rief die Mitteilung einiger Kollegen hervor, daß den erkrankten Arbeitern bisher ein Zutritt in Krankheitsfällen nicht gewährt worden sei. Nachdem also durch Magistratsbeschluss, lebhaften Debatte und Beschlußfassung im Stadtverordneten-Kollegium, Kritik der Berliner Presse, Verfügungen und Erklärungen an die zuständigen Verwaltungsstellen die Verächthung für die Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld anerkannt wurde, hält es die Verwaltung nicht für nötig, den Arbeitern diese Unterstützung auszu-sagen. Noch bemerklicher war die Mitteilung, daß Arbeitern, die über fünf Wochen krank sind, das Arbeitsverhältnis einfach ge-lündigt wird. In einer an die Deputation zu sendenden Petition wollen die betreffenden Arbeiter um Abhilfe dieser Mißstände ersuchen.

**Reinickendorf.** Die Vereinsversammlung fand am Mittwoch, den 18. d. M., im Vereinslokal "Zur Lanze" statt. Genosse Heidel referierte über "Kultur und Frauen". Die Versammlung, die gut besucht war, nahm den Vortrag mit lebhaftem Beifall an. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Leonhardt I und O b f t.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für Tegel und Um-gend** hielt am 18. Juni bei Klippentein (Schloßhöfen) seine erste Monatsversammlung ab. Referent Genosse Waldmann referierte über das Thema: "Die Kirche und Arianer der Freiheit schaden". Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Liebelt, Seider und Hoffmann. 26 Personen meldeten sich zur Aufnahme in den Wahlverein.

**Friedrichshagen.** In der am Montag im Lokal von Haberland tagenden Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, an der sich auch Frauen als Zuhörerinnen beteiligten, sprach Genosse Dr. Wegl über: "Vermittlungsmittel oder hygienische Lebensweise der Arbeiter." — Nachdem in der Diskussion die Genossen Pinfeler und Gronwald über Mißstände der öffentlichen Gesundheitspflege seitens der Gemeinde gesprochen, schloß die ziemlich gut besuchte Versammlung.

**Röpend.** Am 17. Juni hielt der hiesige sozialdemokratische Wahlverein seine regelmäßige Versammlung im "Kaiserhof" ab, in welcher auch zahlreiche Frauen als Gäste anwesend waren. Genosse Rößler-Vorlin hielt einen Vortrag über "Junfer und Bauer", wofür ihm die Versammlung reichen Beifall zollte. Sodann gab Genosse Gähne die Abrechnung von der Maifeier, nach welcher ein Ueberschuß von 70,40 M. zu verzeichnen ist. Ferner beschloß die Versammlung, das diesjährige Stiftungsfest am 9. August bei Reichel, Lindenstraße, abzuhalten.

**Witterungsübersicht vom 23. Juni 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Emmende	762	SW	4	bed. kl.	12	Saparanda	766	SW	6	Molkef.	12
Hamburg	766	SW	3	h. bed.	14	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	764	SW	3	wolfl.	15	Gort	765	SW	4	Dunst	13
Frankf. M.	768	SW	3	wolfl.	16	Hberdeen	—	—	—	—	—
München	770	SW	4	heiter	16	Paris	769	S	1	heiter	18
Wien	765	W	1	Regen	15	—	—	—	—	—	—

**Weiter-Propgnose für Dienstag, den 24. Juni 1902.**  
Ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schankwirt 4226  
**Fritz Werner**  
am Herzogthum plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trankhaus, Schlemmerstr. 48, aus nach dem Bestattungsort, Friedhof, Nieber-Schön-hausen-Nordend, statt.  
**Die trauernde Witwe.**  
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Maurers **Hermann Möbins** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank!  
Witwe **Möbins** und Kinder.

**Bekanntmachung.**  
**Orts-Krankenkasse**  
**Voghsagen-Rummelsburg.**  
Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß das in der General-versammlung vom 28. Dezember 1901 und 29. April 1902 beschlossene veränderte Statut am 24. Mai 1902 vom Bezirksausschuß zu Potsdam genehmigt ist und am 1. Juli 1902 in Kraft tritt.  
Der Vorstand  
der Orts-Krankenkasse  
Voghsagen-Rummelsburg.  
Bubbe.

**100 Proz. Verdienst.**  
Ueberrall sofort lohnende einfache Fodifikation dgl. Massenartikel, wozu wenig Kapital und keine Fachkennt-nisse erforderlich sind. Sichte An-erkenntnisse. Anfr. an **Heinr. Holten, Reich bei Wülshelm-Hubr.** (Rückmark.) 27/10

**Freie Natur-Grasbutter,**  
netto 8 Pfd. M. 6,40 per Radmaße.  
**Cito Sieders, Friedrichshof, Döber-**

**Fusschweiss**  
Handschweiss! Schweiz unter den Armen macht sofort trocken und geruchlos. Wundläusen etc. vertriebt. Pohlmannsnessen. Garantiert un-schädlich, sicher wirksam, per Radmaße 1,50 M., franco 2, — M. nur bei **Georg Pahl, Berlin, Brunnenstr. 157.** 44066

**Walburga Pahl, geb. Paepke** sage allen Freunden und Bekannten, sowie den Verwandten, die ich die Vergebung der Schulden, die ich durch meine Unvorsichtigkeit, Verdratet, S. d. II, Tonbisse und Wacht an I und dem höchsten Doppelquartier für den Verlag her-zulien Dank.  
**Ernst Pahl.**



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 24. Juni.**  
**Opernhaus, Geflossen.**  
**Schauspielhaus, Geflossen.**  
**Neues Opern-Theater (Krohn).**  
 Schauspiel der Königl. Hofoper aus Stuttgart. La Bohème. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Im Niederstübchen: Offenbach's Erlös. Die Zaubergeige. — Der Regimentsjäger. — Freuden und Weiden. Anfang 8 Uhr.  
**Schiller, Geflossen.**  
 Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Verliner, Alt-Heidelberg.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig, Geflossen.**  
 Weiden. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol. (Moritz-Oper.)** Traviata. Anfang 8 Uhr.  
**Neues, Ledige Leute.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Hedwig, Einquartierung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central, Coralie u. Cie.** Anfang 8 Uhr.  
**Thalia, Geflossen.**  
 Belle-Alliance. Er. — Der Tischgast. — Juhu Mädchen und kein Mann. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weisk, Gefallene Mädchen.** Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
 Der lustige Chemann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**E. v. Wolzogen's Buntes Theater (Acherbrett).** Anfang 8 Uhr.  
**Schall und Rauch, Serenissimus-Zwischenspiele u. a.** Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Apollo, Aufführung, Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen, Stettiner Säng.** Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Passage-Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Orpheus, Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.  
**Charivari, Täglich Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.  
**Urania, Lindenstr. 48/49, (im Theateraal.)** Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Invalidenstraße 57/52. Täglich: Sternwarte.

### Central-Theater.

Deute, den 24. Juni, Anfang 8 Uhr.  
 Zum vorletztenmal:  
**Coralie & Cie.**  
 Schwanz in 3 Akt v. Albin Sabardreau und Maurice Hennequin.  
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Apollo-Theater

Um 7 Uhr: Garten-Konzert.  
 Um 8 Uhr: Die sensationellen Spezialitäten I. Rangens.  
 Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg Paul Lincke's Ausstattungsoperette

### Lysistrata

mit dem Luftballett „Origolett“  
 Kasseneröffnung 6 Uhr.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
 Abends 8 Uhr:  
**Gefallene Mädchen.**  
 Berliner Sittenbild in 4 Akten.  
 Morgen: Die Viper.  
 Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr. Mittwoch: Kinderfest.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Moritz-Oper.  
**Franceschina Prevosti:**  
 Traviata.  
 Mittwoch: Vorletztes Gastspiel des Kammerängers Alfred Oberländer: Die Hugenotten.  
 Donnerstag: Ein Maskenball.  
 Freitag: Franceschina Prevosti: Carmen.

### Belle-Alliance-Theater.

Anfang 8 Uhr:  
 „Er.“ Pariser Lebensbild. „Der Tischgast“ von Henry Bogat. Deutsch von E. Rena. Dienstag: Juhu Mädchen und kein Mann. Komische Operette von Franz Suppé. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
 Unter den Linden 44.  
 Dienstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Serenissimus-Zwischenspiele u. a.**

### Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gefundbrunnen.  
 Novität! Novität!  
 Berlin wie es lebt und liebt.  
 Original-Poffe vom Gaudibücher-Paul Deming.  
 Das neue Special-Programm.  
 Entree 20 Pf. Anfang 5 Uhr.  
 Vesperpartout haben Gültigkeit.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:

### Die deutsche Ostseeküste.

### CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 185.  
 Photographische Aufnahmen von der Insel

### Martinique

und von den Schlachtfeldern Transvaals.  
 Im Konzertsaal:  
 Schwedische Künstlerkapelle  
 4 Damen, 2 Herren.

### Passage-Panoptikum.

Der weibl. Affenmensch. Die Seefänger. Der Tigerknabe. Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich:

### Damen-Ringkampf.

Alles ohne Extra-Entree

### Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5, Ende 11 Uhr.

### Willy Prager

16 Elite-Nummern.

### ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute Dienstag, ab 5 Uhr nachm.:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
 Abschieds-Gastspiel der Kapelle des Leib-Grenadier-Regts. No. 8  
 Dirigent: W. Lebede Jun.  
 Entree 1 Mark  
 abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### W. Noacks Theater.

Brannenstraße 16.  
 Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Rosen und Dornen.  
 Burleske mit Gesang u. Tanz in 2 Akten.  
 Im Saal: Tanzkränzchen.

### Allerlei-Theater

früher Puhmann  
 Schönhauser Allee No. 148.  
 Heute Dienstag, den 24. Juni:  
**Gr. Konzert, Theater, Spezialitäten und Ball.**  
 Nur noch kurze Zeit:  
 Das so erfolgreiche aktuelle große Volksstück:  
**Der Diamantraub.**  
 Dazu die unverwundliche Sensations-Pantomime:  
**Bubenstreiche.**  
 Anfang Konzert 5 Uhr. Entree 30 Pf.

### Prater-Theater

Kassanien-Allee 7-9.  
 Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
 Soldat mit Gefang in 3 Akten.  
 Ballettges. Catrin. Tyrolens Mary Ellys. Rotzque-Rout. Paul Coradin. Brothers Fred, unist. Excitric. Mr. Barling, (sch. Photograph. Fred Marzahl Troupe, Pantom. Musikantenzwische. Bartlings elektrische Feerle. (3000 Wächter.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

### Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15.  
 Artistischer Leiter: Gust. Bock.  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
 Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!  
 Donnerstag: Elite-Tag.

### Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdigerdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

## Reichshallen.

Täglich:  
 Stettiner Säng.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr  
 Tageskasse 11-1 1/2 Uhr



### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
 Täglich im Garten, bei un-günstig Witterung im Saal:  
 Hofmanns  
 Norddeutsche Säng.  
 und Konzert.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: Tanzkränzchen.  
 Tanz frei!  
 Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

### Schweizer Garten

Am Königsthor 42022  
 Am Friedrichshain  
 Täglich:  
 Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.  
 Freier Damenanzug bis 7 Uhr.  
 Um 10 Uhr: Banditenfreide.  
 Operette in 1 Akt von Suppé.

### Wintergarten.

Aus dem interessanten Juni-Programm:  
 „Das Mädchen mit dem gold. Haar“  
 und 16 erstklass. Spezialitäten.

### Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.  
 Eigne Werkstatt.  
 Eisenartf. Orts- u. Hilfs-Krankentassen  
 Berlin C., [37020]

### 30. Finien-Strasse 30.

Dr. Simmel, Prizenstr. 41.  
 Spezialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Nervenleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 4-2.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
 Morgen, Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
 1. Situationsbericht. 2. Antrag der Bezirksleiter. Verfassungstreue und Differenzen.  
 Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegationen zu entsenden.  
 Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.

### Branchen-Versammlung der Stellmacher

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
 im Lokale des Herrn Bauer, Rosenthalerstr. 57.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht über: Kollege Klingner. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

### Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung.

Mittwoch, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal V):  
**Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Arbeitersinn-Vereinigung und ihre internationale Regelung. Referent: Genosse Korte. 2. Diskussion. 3. Der Streit bei der Firma Schopf, Marxhof, und das Verhalten der Kollegen vom „Fisch-Dumker-Gewerksverein“. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Richtigkeitsmitglieder und willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet.  
 Die Werkstatt-Kontrollkommission.

### Mitgliederversammlung f. Friedrichsberg.

Donnerstag, den 26. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Panten, Frankfurter Allee 174:  
**Mitgliederversammlung f. Friedrichsberg.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie helfen wir uns in Zukunft zu unserem Bezirk und die Agitation in demselben? 2. Diskussion.  
 Kollegen, die in Berlin arbeiten und in Friedrichsberg wohnen, machen wir es zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 35/6\*  
 Die Ortsverwaltung.

### Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“.

Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 in Stecherts Restaurant, Andreasstr. 21.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Gesamtverwaltung. 2. Bericht über die Änderung einzelner Paragraphen des Statuts durch den Vorstand und Aufsichtsrat. 3. Verschiedenes.  
 Nur Mitglieder haben Zutritt. — Mitgliedskarte legitimiert.  
 Der Vorstand.

## Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, in den „Germania-Sälen“,  
 Chausseestraße 103:

### Volksversammlung

Tages-Ordnung:  
 1. „Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas.“  
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein. 2. Diskussion.

Um die Versammlung zu einem wichtigen Protest gegen die Unterdrückung der Armenier zu gestalten, ersuchen um zahlreichen Besuch  
 219/16\*

### Die Vertrauensleute.



Prima  
**Fahrräder,**  
 auch auf Teilzahlung ohne  
 Preisermäßigung  
 zu constanten Bedingungen unter Garantie.  
 Wenig gebrauchte Räder auch auf Teilzahlung unter Garantie. Preise bedeutend ermäßigt. Reparatur-anstalt aller Systeme schnell und billig.  
**Adomelt & Landau,**  
 Pothringerstr. 48 I, am Rosenthal Th.



Spezialstrickerei u. Felten aller Art  
 liefert billigst unter Garantie die besten  
 Produkte  
**Adomelt & Landau,**  
 Pothringerstr. 48 I, am Rosenthal Th.

### 5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

6 Stück für 10 Pf.  
**Albrechts Bäckereien:**  
 Wronkelstr. 9, Krautstr. 19,  
 Halleschestr. 28, Panitzschstr. 2.

### Dr. med. Schaper

hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Nervenleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

### Steppdecken

billigst in Fabrik  
 der Fabrik  
**Emil Lesèvre,**  
 Oranienstrasse 158  
 Berlin franco.

## 4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Am Dienstag, 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Urania“,  
 Wronkelstr. 10:

### Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Gen.  
**Heine** über: „Die Socialdemokratie und die Wissenschaft“. 2. Diskussion.  
 Zahlreichen Besuch erwarten  
 214/17\*

### Die Vertrauensleute.

## Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
 bei Buske (Schulz), Grenadierstraße 33:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtagswahlen? Referent: Genosse Dr. Leo Arons. 2. Diskussion. 3. Beschäftigung von zwei Abteilungsleitern. 4. Statuten-Änderungen. 5. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zahlreichen Erscheinen erwartet  
 245/11\*

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Schulz über „Wohlfahrt oder Darwin“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Bitte haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet  
 64/15\*  
 Die Ortsverwaltung.

## Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Den Herren Arbeitgebern, sowie den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die von der General-Versammlung am 20. März 1902 beschlossene Statutenänderung vom Bezirksausschuss genehmigt ist und mit dem 30. Juni 1902 in Kraft tritt. Die Veränderung betrifft § 29 1-4. Derselbe erhält jetzt folgende Fassung: Die wöchentlichen Kasseneinträge betragen:  
 1. für erwachsene männliche Kassennmitglieder, ausschließlich der Lehrlinge, 54 Pf.;  
 2. für erwachsene weibliche Kassennmitglieder 33 Pf.;  
 3. für männliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 24 Pf.;  
 4. für weibliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren 18 Pf.  
 Der Vorstand.  
 4088  
 F. Mollen, Vorsitzender. C. Arndt, Schriftführer.

## Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf (E. G. m. b. H.).

**Berichtigung.**  
 In unserem Inserat in Nr. 143 des „Vorwärts“, betreffend General-Versammlung am 30. Juni, muß es heißen:  
 „Anträge seitens der Mitglieder müssen 5 Tage vor Stattfinden der General-Versammlung dem Vorstande eingereicht sein“ (statt: Beiträge etc.).

## Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern“-Dampfer)  
 Inhaber: Hermann Peter, Grünau Nr. 39.  
 Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Anlässigen. Ausspannung und Dampferstege, Regelmäßige, große Kaffeehäuser. Gute Küche und bestergerste Biere zu soliden Preisen. [43120]

## „Wanzenfeind“ „Mottenfeind“ „Schwabenfeind“

in der Flasche im Beutel, im Streu-Turm  
 Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. nur 5 Pf. 25 Pf., 50 Pf., 1,00  
 Unfehlbar sicher  
 Allein-Verkauf:  
**Th. Schmiedel**  
 Fabrikant  
 Fernspr.: Amt 7a, 6381.  
 Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!  
 Gesetlich geschützt!  
 Neue Königsstr. 53, I. (beim Alexandr. Pl.)

## Landfinken

Speck, mager 75  
 fetter 70  
 Rotwurst a Pf. 50 Pf., bei 5 Pf. 45  
 Thüringer Fleischwurst a Pf. 45  
 Rotwurst a Pf. 55  
 Zwiebelwurst a Pf. 50 Pf., bei 5 Pf. 45  
 Hallische Zwiebelwurst a Pf. 55  
 Braunschweiger Leberwurst a Pf. 65  
 R. Raldbelwurst 75  
 Schlackwurst weiche 85  
 Schlackwurst harte 105  
 Schmalz und Salami hart 125  
**E. Klähn,**  
 Oranienstrasse 154,  
 Lindenstrasse 10.

## Dänischen Anker-Kautabak

Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Zigaretten.  
 Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenstempel mit Anker befindet.  
 Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Gröner Weg 8, Amt 7, 3881.







Prozeß Sanden und Genossen.

Neunzehnter Tag.

Bücherrevisor Huske hat aus den Privatbüchern des Angeklagten Ed. Sanden, die mehr den Charakter von Notizbüchern haben, die

Privatentnahmen

deselben festgestellt. Danach betragen diese im Jahre 1895 186 000 M. Davin liegen allerdings 43 000 M. Steuern und ungefähr 24 000 M. für Wohltätigkeits- und kirchliche Zwecke. Im Jahre 1896 stellten sich die Privatentnahmen auf 203 000 M., darunter 36 000 M. für Steuern, ungefähr 9000 M. für Wohltätigkeits- und kirchliche Zwecke. Für die Jahre 1897-1900 sind genaue Feststellungen noch nicht getroffen worden. Es ist möglich, daß sich die Zahlen noch etwas verringern, da es möglich ist, daß sich darin noch Kosten befinden, die durch einen von Ed. Sanden unternommenen Umbau verursacht wurden.

Angeklagter Ed. Sanden hat seinerseits Privatentstellungen gemacht, die etwas von diesen Daten abweichen. Nach seinen Ermittlungen haben diese Gesamtennahmen betragen: 1895: 165 000 M., 1896: 162 000 M., 1897: 174 000 M., 1898: 178 000 M. und sie stiegen 1899 auf ca. 200 000 M., wobei der Angeklagte hervorhebt, daß er in den Jahren 1895-1900 sehr große Ausgaben für schwere Krankheiten in seiner Familie gehabt habe.

Die Verhandlung kehrt hierauf wieder zur Erörterung des Verhältnisses der Aktiengesellschaft zur Firma Anhalt u. Wagner nachfolgend zurück.

Der Angeklagte Generalkonsul Ewald Schmidt giebt auf Verfragen des Vorsitzenden an: Er sei seiner Zeit, nachdem er aus der Sekunda des Grauen Klosters abgegangen, bei Anhalt u. Wagner als Lehrling eingetreten und sei 1875 Chef des uralten Wankhauses geworden. Sein Vorgänger sei Herr Probst, der Schwiegerjohn des verstorbenen Konsuls Wagner gewesen und da diese Familie ausstarb, ist ihm durch Vermächtnis die Firma zugegangen. Im Jahre 1875 habe die Firma mit der Berliner Handelsgesellschaft ein Kommanditverhältnis abgeschlossen, auf der Grundlage, daß sie drei Millionen Mark einlegte. 1881 oder 1882 sei die Handelsgesellschaft wieder ausgetreten und es sei das Kommanditverhältnis mit der Allgemeinen Kreditanstalt abgeschlossen worden. Dies habe bis zum Tode des Direktors Wagners gedauert. Ein solches Kommanditverhältnis sei notwendig gewesen, da seine eignen Mittel zu den sehr ausgedehnten Geschäften nicht ausreichten. Mit dem Anwalt Sanden sei er auf folgende Weise bekannt geworden. Graf Selms-Baruth sei eines Tages zu ihm gekommen und habe zu ihm gesagt: der damalige Liquidator der Handelsgesellschaft

Brandstiftung des Aufsichtsrats

sehr, ohne Rechnung zu legen. Da habe denn der damalige Bankpräsident Herr v. Dechend zu ihm gesagt, er (Angeklagter) müsse die Liquidation übernehmen und er habe sich dem nicht entziehen können. Da habe er Otto Sanden kennen gelernt, der die Liquidation mit großem Eifer und großer Sachkenntnis schon in die Hand genommen hatte. Im Jahre 1884/85 sei er dann Aufsichtsrat der Grundschulbank geworden.

Präsident Landgerichts-Dir. Geidrich: Wenn Sie von der Pile auf gebiet haben, müssen Sie doch eigentlich mit allen geschäftlichen, buchhalterischen und Bilanz-Verhältnissen vertraut gewesen sein. Man müßte sich ja doch sonst auch wundern, wie Sie Chef des Wankhauses werden konnten.

Angekl. E. D. Schmidt: Er habe sich in den letzten Jahren um die Buchführung natürlich nicht mehr viel bekümmern können.

Präsident: Ist es richtig, daß Sie sich im Jahre 1890 verheiratet haben und Ihnen Ihre Frau ein erhebliches Vermögen mitgebracht hat? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Wie hoch bezifferte sich das Vermögen Ihrer Frau? — Angekl.:

Auf 4-5 Millionen Mark.

Der Angeklagte weist darauf hin, daß er große Verluste bei der Bahrischen Landesbank erlitten und daraus sehr große persönliche Verpflichtungen zu erfüllen hatte.

Präsi.: Wie kam es denn, daß Ihnen, als die Aktiengesellschaft als Kommanditistin eintrat, Ihre Befugnisse so bedeutend eingeschränkt wurden? — Angekl.: Ich bin viel krank gewesen, leide an der Zuckerkrankheit, habe mich einer schweren Operation bei Professor v. Bergmann unterwerfen müssen und war noch sehr krank, als ich seiner Zeit verheiratet wurde.

Präsi.: Welches Einkommen hatten Sie? — Angekl.: Ich bezog ein Gehalt von 30 000 M. und 10 000 M. Repräsentationsgelder. — Präsi.: Dazu kamen aber doch noch Lantien und der etwaige Reingewinn? — Angekl.: Ich hatte aus verschiedenen Aufsichtsratsstellen noch ein Einkommen von etwa 50 000 M. — Präsi.: Das macht also insgesamt etwa 100 000 M. Hat dieses Jahreseinkommen denn gereicht für Ihre Lebenshaltung? — Angekl.: Ich habe nicht mehr als 50 000 M. verbraucht.

Auf weiteres Verfragen erklärt der Angeklagte Ed. Schmidt, daß er selbst in das Kommanditverhältnis 400 000 M. eingelegt und nach dem Abgange von Friese 400 000 M. ausgelegt habe.

Präsi.: Angeklagter Otto Sanden, wie erklären Sie die geharnischten Vorstellungen, die Sie wiederholt Herrn Generalkonsul Schmidt gemacht haben?

Angeklagter Otto Sanden: Nach meiner Auffassung lieh Herr Generalkonsul Schmidt seinem Prokuristen viel zu viel freien Willen. Ich stand unter dem Eindruck, daß bei den großen Summenbewegungen, die ihm von oben und von vielen Seiten als dem Chef des alten Wankhauses Anhalt und Wagner zu teil wurden, er sich gewissermaßen gegen alle Mißerfolge, während doch tatsächlich recht schwierige Unternehmungen in Frage standen. Deshalb habe ich mich immer bemüht, ihn einzudämmen und andererseits darauf hinzuwirken, daß er selbst mehr mit den Dingen sich vertraut mache und seinen Beamten nicht so viel freien Willen lassen möchte. Bis zum Jahre 1896 erforderten die Objekte noch sehr viel Geld. Herr Generalkonsul Schmidt habe sich aber um die Dinge gar nicht gekümmert, während ich Tag und Nacht darüber zu arbeiten hatte und meine Gesundheit dafür opferte.

Angeklagter Schmidt: Ich habe doch wahrhaftig von früh bis spät

ehelich gearbeitet!

Ich mache auch darauf aufmerksam, daß durch mich keine einzige Kreditverbindung eingegangen ist, die Verluste gebracht hat. Als die Aktiengesellschaft als Kommanditistin eintrat, habe ich die Firma Anhalt u. Wagner für durchaus gut gehalten.

Angeklagter Eduard Sanden: Wie gut die Firma auch von anderer Seite gehalten wurde, geht wohl daraus hervor, daß am 21. Oktober 1900 der Präsident der Seehandlung sich bereit erklärte, der Preußenbank ein Lombarddarlehen von zwei Millionen zu gewähren gegen Pfandbriefunterlage, aber gleichzeitig nur gegen Accept der Firma Anhalt u. Wagner.

Den schließlichen Verlust, welchen die Aktiengesellschaft aus ihrer Geschäftsverbindung mit Anhalt u. Wagner nach, seit dem 20. März 1896 erlitten hat, wird in der Anlage auf 12 300 250 M. berechnet. Da der Verlust der Aktiengesellschaft aus ihrer Geschäftsverbindung mit Anhalt u. Wagner vor dem 20. März 1896 auch noch 10 405 093 M. betragen habe, so beziffere sich ihr

Gesamtschaden auf 22 705 344 M.

Dabei ist die Herrschaft Driesen-Steinbusch, die mit 1 748 476 M. eingestell war, als völlig wertlos eingestell worden, ebenso als wertlos die Skutorio-Wasserwerk-Effekten, die mit 6 544 828 M. eingestell waren. Als Pfandobjekte aus dem Rechnungsverhältnis 1891 bis 1900 waren 14 203 554 M. eingestell worden, die die Anlage auf voraussichtlich höchstens 1 500 000 M. bewertet. Bei

Auflösung des Verhältnisses erklärte sich Eduard Schmidt persönlich zum Schuldner von 1 708 165 M. Die Anklage hebt hervor, daß er nur einen Gutschein gegeben, daß er im Fall seiner finanziellen Unfähigkeit später zahlen werde. Da er zur Zeit zur Zahlung völlig außer Stande sei, sei das Recht aus dem Gutschein wertlos.

Die Angeklagten bestreiten die tatsächlichen Angaben und die Berechnungen der Anklage zu diesem Kapitel in vielen Punkten.

Zum Schluß der heutigen Sitzung wird noch einmal auf die Verhältnisse des Luise-Theaters zurückgekommen. Volle Aufklärung wird auch jetzt noch nicht erzielt, die Bücherrevisoren Huske und Kruse sollen vielmehr noch weitere Feststellungen aus den Büchern treffen.

Die Verhandlung wird Dienstag 9 Uhr fortgesetzt.

Tokales.

Barfuß.

„Ach Psst, die Kinder laufen hier ja alle barfuß! Nicht wahr, Mamaschen, das schiedt sich doch nicht?“ „Nein, mein Kind, barfuß laufen ist unanständig. Nun, es sind Straßenkinder, komm, mein Engelchen.“ — „Eine elegant gekleidete Dame war's, die jenes Gespräch mit ihrem reizenden, blondblonden Töchterchen führte. Beide promenierte die Schönhauser Allee hinab, und an der Ecke einer von zahlreichen Arbeiterfamilien bewohnten Seitenstraße mochte ihnen der Anblick der vielen, in ärmlichen Ködchen barfuß umher spielenden Proletarierkinder wohl etwas auf die Nerven gefallen sein. „Komm, mein Engelchen.“ — Die Dame streichelte mit überquellender Zärtlichkeit die Wangen ihres Liebchens und zog diesen mit sich fort — fort aus dem Bereiche der Armut, als könne durch ein ferneres Verweilen in deren Nähe ein Hauch des Elends an ihr haften bleiben.“

Nur wenige Tage noch, dann rüstet sich jene Dame vielleicht zu einer Reise ins Lab. Es geht nach Nordberner, Silt oder auch nach Seeringdorf. Hier an den herrlichen Gestaden der Nord- und Ostsee giebt sich die vornehme Welt als häßlich ihr Strahlbein. Wertwändig aber: So „unanständig“ diesen Kreisen das Barfußlaufen der Arbeiterkinder in der Stadt auch erscheinen mag — sie selbst entledigen sich dort sehr gerne ihrer Fußbekleidung. Stundenlang wandeln Damen und Herren jeden Alters, dick und dünn, gerade und schief am Strande auf und ab, und lassen sehr ungeniert ihre bloßen Füße, Waden und noch manches andre bewundern. Nie aber hört man von ihnen sagen: „Das schiedt sich nicht.“ Allerdings die Herrschaften sind dort unter sich; das Barfußlaufen gehört da zum guten Ton, zur Mode. Und — falls es ihnen beliebt, können sie auch jederzeit wieder in das eleganteste Schuhwerk hineinschlüpfen, sie habens ja dazu.

Wenn Proletarier handelt es sich indessen nicht um eine Marotte oder Mode. Hier ist es meistens das eckere Pfl, die Not, die manchen zwingt, seine Kinder in den Sommermonaten wochentags barfuß gehen zu lassen. Wohl frecht jeder Arbeiter danach, seinen lieben Kleinen ebenfals das nötige Fußzeug anzuschaffen, denn der allgemeine Kulturfortschritt bringt es mit sich, daß in den Städten die Abneigung gegen das Barfußlaufen auch in den unteren Volksschichten ständig wächst. Doch leider nur zu häufig reicht der Verdienst nicht aus, um die beträchtlichen Ausgaben für des erforderliche Schuhwerk bestreiten zu können, und so kommt es, daß auch heute noch in den Außenvierteln der Großstädte zahlreiche Proletarierkinder in der warmen Jahreszeit barfuß laufen müssen.

Diejenigen aber, die durch ihren Egoismus und ihre Parteilichkeit Schuld an der Mittellosigkeit des Arbeiters sind, rümpfen beim Anblick barfüßiger Proletarierkinder hochmütig die Nase, indem sie zu ihren Sproßlingen sagen: „Barfuß laufen ist unanständig, komm mein Engelchen.“ — Das ist der Fluch der Armut.

60000 Mark verlangt der Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung zu den Kosten, die durch die Teilnahme der Stadt Berlin an der Deutschen Städte-Ausstellung 1903 in Dresden entstehen werden. Berlin wird sich mit folgenden Gegenständen an der Ausstellung beteiligen: Photographien, Plänen und Modellen von Brücken, Generalstabesplan von Berlin mit Einteilung der Radialsysteme und den Riesefeldern, Modellen der Kanalisation, des Märkischen Museums, vom Feuerweh-Feinmal, der Volkshochschulen, Straßenreinigung-Depot, der Feuerwache Fischerstraße, vom Kinderasyl, vom Krankenhaus Noabit, Plänen der Irrenanstalt Buch, des Rudolf Virchow-Krankenhaus, von Schulbauten, von Gasanstalten, Markthallen, des Central-Vieh- und Schlachthofes etc. etc.

Ein Tag in einer Privatklinik. Neben den öffentlichen Krankenhäusern existieren in Berlin bekanntlich auch eine ganze Anzahl sogenannter Privatkliniken, von denen ein Teil zweifellos unter durchaus musterhaltiger Leitung steht. Ob jedoch alle Anstalten dieser Art ihren eigentlichen Aufgaben völlig gerecht werden, dürfte, nach folgendem zu urteilen, jedenfalls wohl stark bezweifelt werden.

Das Kind eines Ehepaars im Westen der Stadt verunglückte kürzlich durch einen Sturz aus dem Fenster; schwerverletzt wurde es den Eltern ins Haus gebracht. Der schnell herbeigerufene Arzt erklärte die sofortige Ueberführung in eine Krankenhaus für unbedingt notwendig, wenn nicht das Leben des Kindes gefährdet werden sollte. Wenn auch ungen, so gab die Mutter dennoch ihre Einwilligung hierzu unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie in der Klinik bei ihrem Liebding bleiben und ihn dort pflegen dürfe. Diefen gewiß begründeten Wunsch hielt auch der Arzt für ganz selbstverständlich und sagte dessen Erfüllung ohne weiteres zu. In der Klinik angelangt, wurde das Kind dann in das Operationszimmer getragen, indessen die Mutter in dem Wartezimmer blieb. Während nun das Begehren des Kindes der Mutter ins Herz schmit, gingen Dienstmädchen und Pflegerinnen lockend und schwapend an ihr vorüber und suchten nach Verhandlung, Warte und der benötigten Weisung. In jeder vernünftigen geleiteten Anstalt liegen diese Dinge gewiß an bestimmten Plätzen, so daß sie bei Bedarf gleich zur Hand sind. Anders jedoch hier. Man suchte eine Zeitslang und fand nichts. Als sich endlich eines der Mädchen daran erinnerte, daß die gewünschten Gegenstände vielleicht in Zimmer so und so liegen müßten, begann in Gegenwart der Mutter ein regelrechter Pant darüber auszubrechen, wer wohl verpflichtet sei, die Sachen von dort zu holen! — Nach beendeter Operation brachte man das bewußtlose Kind in ein kleines Zimmerchen, das sich schon wegen der dortselbst außerordentlich stark wahrnehmbaren, fortwährenden Lufengeräusche wohl zu allem andern nur nicht zum Krankenzimmer eignete, von dem merkbaren Mangel an Licht und Luft gar nicht zu reden.

Als nun die Mutter dem ihr gegebenen Versprechen gemäß am Bette ihres Kindes bleiben wollte, wurde ihr sowohl von den Ärzten als auch von der Oberin in wenig höflicher Weise bedeutet, daß ihre Anwesenheit sehr überflüssig sei, worauf sie sich wohl oder übel entfernen mußte. Doch schon nach drei Stunden wurde sie wieder gerufen; ihr Kind lag bereits im Sterben. Aber welcher Anblick bot sich ihr! Das mit dem Tode ringende kleine Wesen war nur mit einem losen Bettbeuge bedekt, aus dem die Eingeweide wohl nur aus Versehen vor Verwundung durch das aus den Wunden sickernde Blut entfernt sein mochte. Sein Köpfchen hing über das Reißbrett hinweg, so daß das aus dem Rande rinnende Blut teilweise hintergeschütt sein mußte. Kurz, der ganze Zustand des Kindes machte den Eindruck, als ob man sich nach der Operation nur sehr mangelhaft um das unglückliche Wesen bekümmert habe. Nach kurzer Zeit hauchte es dann in den Armen der Mutter sein Leben aus. Anstatt nun dem Seelen Schmerz der verzweifelt Mutter einigermassen Rechnung zu tragen, entblödete man sich nicht, diese sofort mit den Handelsgeschäften der

Anstalt in aufdringlichster Weise zu belästigen. Im Auftrage der Oberin wurde ihr nämlich die Mitteilung gemacht, das „Hausgesetz“ schreibe vor, daß die Angehörigen der in dieser Privatklinik verstorbenen Personen die Särge nur in einem bestimmten Geschäft zu kaufen hätten. Infolgedessen erwartete die Oberin auch in diesem Falle die „Respektierung“ des Hausgesetzes! —

Es scheint, als ob das oberste Handgesetz dieser Privatklinik eine möglichst weitgehende Plusmacherei ist, dagegen scheint man einer den heutigen Ansprüchen genügenden Krankenpflege dort nur untergeordnete Bedeutung beizumessen. Immerhin sollten die Aufsichtsbehörden derartigen Anstalten eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin wurde gestern dem Geh. Regierungsrat Prof. Dr. H. Vertram, dem ehemaligen Stadtdirektor, von Deputationen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung durch den Ober-Bürgermeister Kirschner überreicht.

Die städtische Blindenanstalt ist nach dem Schulgrundstück Oranienstraße 26 verlegt worden. Der Magistrat hat beschloffen, auch die Blindenschule, Fortbildungsschule und die Beschäftigungsanstalt nach demselben Grundstück zu verlegen.

„Geschäftsmäßige“ Arbeiterhilfe. In früherer Zeit waren manche Vorsitzende von Gewerbegerichten mit Eifer dabei, nachzuspüren, ob solchen Leitern von Arbeiterorganisationen, welche unentgeltlich die Rechte minderergewandter Kollegen vor dem Gewerbegericht wahrnahmen, nicht dadurch diese Hilfeleistung verleidet werden könnte, daß man bei ihnen Geschäftsmäßigkeit voraussetzte und ihnen so durch eine falsche Handhabung des § 31 der Gewerbe-Ordnung die Ausübung der Vertreterpflicht unterlagte. Während die Vorsitzenden der meisten Gewerbegerichte von dieser unglücklichen Anwendung des Gesetzes abgekommen sind, scheint der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Schöneberg die eigentümliche Praxis weiter kultivieren zu wollen. Wie uns der Vorsitzende der Lohnkommission der Bauarbeiter, unser Parteigenosse Georg Heine mann in Nixdorf, mitteilt, hatte er dieser Tage einen Kollegen vor dem Gewerbegericht in Schöneberg zu vertreten. Der Vorsitzende fragte Heine mann, ob er öfter die Rechte anderer Personen wahrnehme und unterlagte ihm ohne weiteres die Erfüllung seiner Pflicht, als er die Frage, was ja selbstverständlich war, bejaht hatte. Öffentlich sieht man, wie anderswo, so auch in Schöneberg ein, daß die herausgezogene Bestimmung wohl bei Winkelkonsulenten angebracht sein mag, daß ihre Anwendung aber Gewerkschaftsbeamten gegenüber völlig verfehlt ist.

Ein Geständnis abgelegt hat nunmehr der verhaftete Direktor Schudel von der Landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskasse in Lichtenberg. Er hat verschiedene Fälle von Betrug und Urkundenfälschung zugegeben, will jedoch das Opfer einer Intrigue geworden sein. Nachdem er der Kasse 5000 M. auf sein Konto entnommen hatte, weigerte sich die Centralkasse des Bundes der Landwirte der Zweigstelle Lichtenberg vor deren Rückzahlung Zahlüsse zu geben. In dieser Verlegenheit sollen, wie er behauptet, zwei Mitglieder des Aufsichtsrates an ihn herantreten sein und ihn zu einer falschen Buchung veranlassen haben. Der Direktor sollte eine fingierte Einzahlung von 5000 M. in die Bücher eintragen, um dann der Kasse nach Belieben Geld entnehmen zu können. Inwieweit diese Angaben auf Wahrheit beruhen, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Es soll übrigens bei Bericht der Anträge gestellt werden, Schudel als nicht flichtverdächtig aus der Haft zu entlassen. Seine Frau bemüht sich bei Bekannten, eine erhebliche Kautionssumme für diesen Zweck zusammenzubringen.

Das Blumenmedium. Frau Anna Rothe, das Blumenmedium, ist am Sonnabend vom Untersuchungsgefängnis nach der Charité gebracht worden, um auf ihren Geisteszustand beobachtet zu werden. Die Untersuchungschaft hat der fast 52 Jahre alten Frau, die ein ruhiges, grübelndes Wesen zeigt, an ihrer körperlichen Gesundheit anscheinend nicht geschadet.

Restaurateur Wedel, der frühere Inhaber der Maison d'or Unter den Linden, wurde vor etwa 14 Tagen wegen Kluppelei zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt und sofort in Haft genommen. Jetzt haben die Verteidiger Wedels, Rechtsanwalte Dr. Löwenstein und Oskar Reumann, erwirkt, daß derselbe gegen Unterlegung einer Sicherheit von 6000 M. auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Aus einem seltenen Grunde erfolgte gestern von der 130. Abteilung des Schöffengerichts die Freisprechung zweier Angeklagten. Es zeigte sich nämlich, daß im ganzen Strafgesetzbuch kein Paragraph vorhanden war, der auf die Handlungsweise der Angeklagten anzuwenden war. Seitens der Staatsanwaltschaft war Diebstahl angenommen worden. Der Schloffer Nigle und der Arbeiter Bergens hatten sich am 6. April mit einem Handwagen nach einem Kohlenplatz begeben, um Kohlen zu holen. Da viel zu thun war, so gestattete ihnen der Anweiser Briefemeister, das Beladen ihres Wagens selbst zu besorgen. Sie fuhren dann mit dem beladenen Wagen davon, ohne den verabredeten Preis von 2 M. 40 Pf. zu zahlen. Die Angeklagten behaupteten zwar das Gegenteil, wurden aber durch die Beweisnahme überführt. Ihre Verurteilung konnte gleichwohl nicht erfolgen, weil, wie der Vorsitzende im Anschluß an die Rechtsausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Schwundt, verkündete, kein Paragraph des Gesetzbuches auf sie und ihr Tun paßte. Diebstahl läge nicht vor, weil die Kohlen mit Genehmigung des Anweisers aufgeladen wurden, Unterschlagung nicht, weil sie durch das Kaufgeschäft Eigentümer der Kohlen geworden und endlich auch Betrug nicht, weil nicht nachgewiesen sei, daß sie schon mit der Absicht, die Kohlen schuldig zu bleiben, auf den Kohlenplatz gekommen seien.

Vorsicht beim Fortwerfen von zerbrochenen Flaschen. Durch einen Tritt auf eine Scherbe hat sich der Schullehrer Stebbewitz, welcher mit einigen Altersgenossen in der Schönholzer Heide spielte, die Fußhölle abgesehen. Die Verletzung war verärgert schmerzhaft, daß der Knochen freilag und die etwa 15 Centimeter lange Wunde vernäht werden mußte.

Durch einen Sturz vom Heroden verunglückte gestern, Montag, der 81 Jahre alte Antischer Behnke, der bei dem Fuhrherrn Kurz in der Ringbahnstraße zu Wilmerdorf in Stellung ist. Er zog sich lebensgefährliche Schädelschäden und innere Verletzungen zu und wurde mit einem Schwedischen Rettungswagen nach dem Groß-Wärterfelders Kreis-Krankenhaus gebracht.

Das Opfer eines Unfalls ist der 59 Jahre alte Bauarbeiter Ferdinand Rasch aus der Holzmarktstraße Nr. 33 geworden. Der Mann war auf einem Neubau in der Freiligrathstraße mit Steinen beschäftigt, rutschte bei der Arbeit von einem Balken ab und stürzte vom dritten in den zweiten Stock hinunter, wo er auf ein Kantholz aufschlug. Mit mehreren Rippenbrüchen und inneren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus am Ueban gebracht. Hier starb er nach achtstägigem Krankenlager.

Eine Diebesjagd gab es gestern, Montagvormittag um 11 Uhr in der Leipzigerstraße. Eine junge Dame, die vor einem Schaufenster des Hauses Nr. 99, zwischen der Friedrich- und Charlottenstraße stand, wurde von einem Herrn darauf aufmerksam gemacht, daß sich ein feingekleideter junger Mann verdächtig an ihrer Kleiderstange zu schaffen gemacht habe. Die Dame sah in die Tasche und vermehrte ihr Portemonnaie. Während sie nun einem Schuttmann an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße ihr Leid klagte, drängte sich das Herxchen, das man ihr als den mutmaßlichen Dieb bezeichnet hatte, sehr eilig gerade an ihr und dem Beamten vorbei durch die Menge nach der Mauerstraße zu. Der wiederholte



